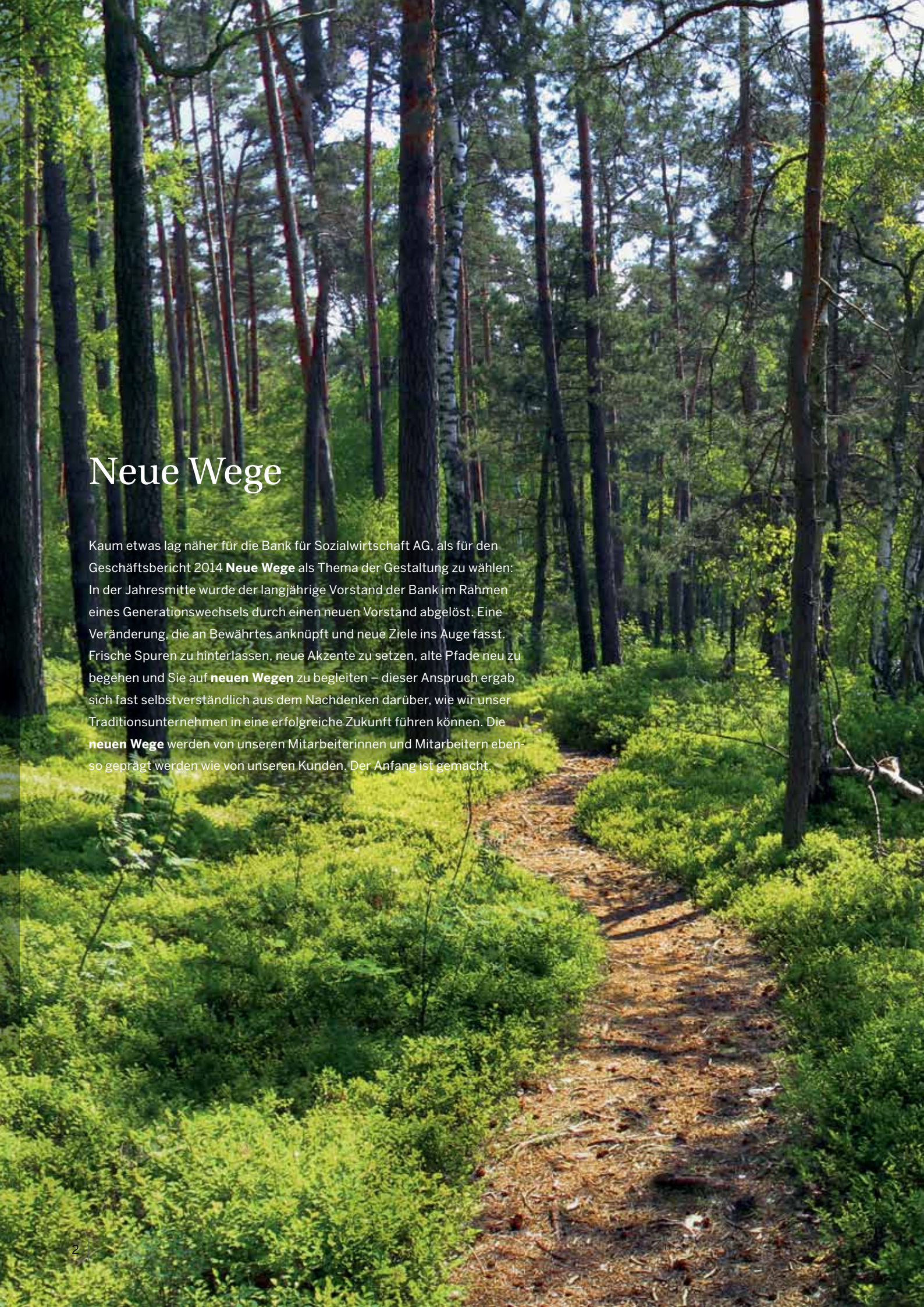




Bank
für Sozialwirtschaft

Geschäftsbericht 2014

Die Bank für Wesentliches



Neue Wege

Kaum etwas lag näher für die Bank für Sozialwirtschaft AG, als für den Geschäftsbericht 2014 **Neue Wege** als Thema der Gestaltung zu wählen: In der Jahresmitte wurde der langjährige Vorstand der Bank im Rahmen eines Generationswechsels durch einen neuen Vorstand abgelöst. Eine Veränderung, die an Bewährtes anknüpft und neue Ziele ins Auge fasst. Frische Spuren zu hinterlassen, neue Akzente zu setzen, alte Pfade neu zu begehen und Sie auf **neuen Wegen** zu begleiten – dieser Anspruch ergab sich fast selbstverständlich aus dem Nachdenken darüber, wie wir unser Traditionsunternehmen in eine erfolgreiche Zukunft führen können. Die **neuen Wege** werden von unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ebenso geprägt werden wie von unseren Kunden. Der Anfang ist gemacht.

Inhalt

Zur strategischen Ausrichtung	4
BFS auf einen Blick	7
Aufsichtsrat	8
Organe	9
Zentralbeirat	10
Bericht des Vorstandes	15
Wirtschaftliche Rahmenbedingungen	15
Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft	20
Lagebericht 2014	28
Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter	37
Entwicklung der verbundenen Unternehmen	41
Bericht des Aufsichtsrates	47
Jahresbilanz zum 31. Dezember 2014	54
Gewinn- und Verlustrechnung 2014	56
Anhang 2014	58
Bestätigungsvermerk	71
Geschäftsstellen und Repräsentanzen	72
Impressum	74

Zur strategischen Ausrichtung

Prägend für das Geschäftsjahr 2014 der Bank für Sozialwirtschaft AG war der Generationswechsel im Vorstand: Ende Juni 2014 haben wir die beiden langjährigen Vorstände – Prof. Dr. Dr. Rudolf Hamerschmidt (Vorsitzender) und Dietmar Krüger – im Rahmen einer festlichen Veranstaltung gemeinsam mit allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ruhestand verabschiedet.

Seit dem 1. Juli 2014 hat die Bank für Sozialwirtschaft AG mit Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender), Thomas Kahleis und Oliver Luckner einen auf drei Personen erweiterten Vorstand. Damit tragen wir dem starken Wachstum des Instituts in den vergangenen Jahren und den zunehmenden Anforderungen an alle Bereiche der Bank Rechnung.

Vor diesem Hintergrund standen in der zweiten Hälfte des Berichtsjahres die Überprüfung der strategischen Ausrichtung sowie der Ziele und Maßnahmen der Bank im Fokus, dies in dem Bestreben, den überdurchschnittlichen Geschäftserfolg der vergangenen Jahre fortzusetzen. Bei den Analysen spielten vor allem die veränderten Rahmenbedingungen für die Geschäftstätigkeit eine Rolle. Diese wird unter anderem durch ein längerfristiges Niedrigzinsniveau, zunehmende regulatorische Anforderungen, einen wachsenden Wettbewerb im Bankenmarkt und sich wandelnde Versorgungs- und Finanzierungsstrukturen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geprägt sein.

Die Geschäfts- und Risikostrategie der Bank für Sozialwirtschaft AG wurde überarbeitet, konkretisiert und durch Teilstrategien für verschiedene Geschäftsbereiche ergänzt. Der Kern – das seit mehr als 90 Jahren erfolgreiche Geschäftsmodell unseres Spezialkreditinstituts – blieb unangetastet: Auch in Zukunft werden wir uns auf das traditionelle Bankgeschäft mit institutionellen Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft konzentrieren. Unsere Wachstumserwartungen haben wir modifiziert: Ist das Kreditgeschäft der Bank in früheren Jahren teilweise zweistellig gewachsen, maßgeblich bedingt durch das Ausscheiden zahlreicher Wettbewerber aus dem Markt infolge der Finanzkrise bei gleichzeitig hohem Investitionsbedarf, planen wir für die folgenden Jahre mit einem Kreditwachstum im einstelligen Bereich. Erklärtes Ziel der Bank ist es, die Geschäftsentwicklung der vergangenen Jahre auf einem Niveau weit über Marktdurchschnitt zu konsolidieren. Für das Geschäftsjahr 2014 wurde dieses Ziel erreicht.

Das Wachstum der Bank soll weiterhin aus eigener Kraft erfolgen. Auch unter sich verschärfenden aufsichtsrechtlichen Anforderungen wollen wir das erforderliche Eigenkapital ausschließlich aus Gewinnthesaurierungen generieren. Dabei steht für uns immer im Vordergrund, erster Ansprechpartner der Sozialwirtschaft zu sein, wenn es um Finanzierungsfragen geht. Als enger Wegbegleiter unserer Kunden bleibt es unser Ziel, durch attraktive Angebote, partnerschaftliche Kundenbeziehungen und eine langfristige Kundenbindung die ertragsstarke Entwicklung unseres Unternehmens fortzusetzen. Die Erfolgsaussichten dafür schätzen wir als sehr positiv ein.

Die Inanspruchnahme von Kreditmitteln wird im Wachstumsmarkt Sozial- und Gesundheitswirtschaft weiter zunehmen. Zugleich wird eine qualifizierte Beurteilung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle in den nächsten Jahren an Bedeutung gewinnen. Daher gehört der kontinuierliche Ausbau unserer Expertise zu den Branchen unserer Kunden und unserer Instrumente zur Risikobeurteilung zu den elementaren Bestandteilen unserer Strategie.

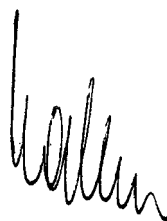
Um die Basis für das weitere Wachstum unserer Bank nachhaltig zu festigen, gestalten wir zurzeit unsere Ablauforganisation stärker prozessorientiert als bisher. Dabei werden die Anforderungen aus dem Kundengeschäft ebenso berücksichtigt wie gesetzliche und aufsichtsrechtliche Vorgaben. Insbesondere von einer Optimierung der Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge versprechen wir uns eine intensivere Kundenbetreuung als bisher und damit eine weitere Steigerung der Leistungsfähigkeit unserer Bank.

Wie wir im Geschäftsjahr 2014 konkret aktiv waren, welche Ergebnisse wir erzielt haben und wo wir für 2015 Projekte gestartet haben, um unsere Position als Partner der Sozial- und Gesundheitswirtschaft auszubauen, berichten wir Ihnen auf den folgenden Seiten.

Der Vorstand



Prof. Dr. Harald Schmitz



Thomas Kahleis



Oliver Luckner



BFS auf einen Blick

	31.12.2014 in Mio. EUR	31.12.2013 in Mio. EUR	Veränderung in Mio. EUR	Veränderung in %
Bilanzsumme	9.314,8	8.669,6	645,2	7,4
Eigengeschäft	9.140,7	8.494,5	646,2	7,6
gezeichnetes Kapital und offene Rücklagen	399,6	349,3	50,3	14,4
Forderungen an Kreditinstitute	204,1	514,5	-310,4	-60,3
Wertpapiere	3.654,4	3.009,2	645,2	21,4
Forderungen an Kunden	5.179,7	4.901,2	278,5	5,7
Treuhandkredite	174,1	175,1	-1,0	-0,6
Einlagen von Kreditinstituten	1.637,0	1.412,2	224,8	15,9
Einlagen von Kunden	6.787,9	6.412,6	375,3	5,9
• täglich fällig	5.034,0	5.120,9	-86,9	-1,7
• Festgelder	1.474,5	1.104,1	370,4	33,5
- davon Sparbriefe	36,7	46,0	-9,3	-20,2
• Spareinlagen	279,4	187,6	91,8	48,9
Zinsüberschuss	143,6	136,8	6,8	5,0
Provisionsergebnis	3,9	3,9	0,0	0,0
Betrieblicher Aufwand	-66,4	-59,4	-7,0	11,8
Betriebsergebnis	83,9	87,4	-3,5	-4,0
Jahresüberschuss	60,7	61,8	-1,1	-1,8

Aufsichtsrat

Wolfgang Altenbernd

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband
Westliches Westfalen e. V., Dortmund
(Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrates bis zum 03.06.2014)

Martina Arends

Mitglied des Vorstandes, AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundes-
verband e. V., Berlin
(Stellv. Vorsitzende des Aufsichtsrates seit dem 03.06. 2014)

Christian Graf von Bassewitz

Bankier i. R., Hamburg

Dr. Robert Batkiewicz

Stiftungsdirektor, Caritas Stiftung Deutschland e. V., Köln

Dr. Matthias Berger

Wirtschaftsprüfer, Waldshut-Tiengen
(Vorsitzender des Aufsichtsrates seit dem 03.06.2014)

Dr. Norbert Emmerich

Bundesschatzmeister, DRK, Deutsches Rotes Kreuz e. V.,
Präsidium, Berlin

Dr. Jörg Kruttschnitt

Vorstand, Recht, Sozialökonomie und Personal, Diakonie
Deutschland – Evangelischer Bundesverband, Evangelisches
Werk für Diakonie und Entwicklung e. V., Berlin

Ulrich Lilie

Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesver-
band, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.,
Berlin (Mitglied des Aufsichtsrates seit dem 03.06.2014)

Hans Jörg Millies

Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.,
Freiburg im Breisgau

Dr. Ulrich Schneider

Hauptgeschäftsführer, DER PARITÄTISCHE Gesamtverband
e. V., Berlin

Oberkirchenrat Johannes Stockmeier

Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesver-
band, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.,
Berlin (Mitglied des Aufsichtsrates bis zum 03.06.2014)

Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch

Vorsitzender des Aufsichtsrates, Wirtschaftsprüfer/Steuer-
berater, Dresden (Vorsitzender des Aufsichtsrates bis zum
03.06.2014)

Michael Warman

Vorstand, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland
e. V., Frankfurt a. M.

Organe

Vorstand

Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender, Köln
(bis zum 30.06.2014)

Dietmar Krüger, Köln (bis zum 30.06.2014)

Prof. Dr. Harald Schmitz, Vorsitzender, Köln
(seit dem 01.07.2014)

Thomas Kahleis, Köln (seit dem 01.07.2014)

Oliver Luckner, Köln (seit dem 01.07.2014)

Generalbevollmächtigte

Prof. Dr. Harald Schmitz, Köln (bis zum 30.06.2014)

Thomas Kahleis, Köln (bis zum 30.06.2014)

Oliver Luckner, Köln (bis zum 30.06.2014)

Prokuristen

Bernd Bauer, Direktor Informationstechnologie, Köln

Wolfgang Roßmar, Direktor Unternehmenssteuerung, Köln

Ulf Hartmann, Direktor Marktbereich Süd-/Westdeutschland, Köln (seit dem 18.09.2014)

Joachim Helms, Direktor Marktfolge, Köln
(seit dem 18.09.2014)

Enrico Meier, Direktor Marktbereich Nord-/Ostdeutschland, Köln (seit dem 18.09.2014)

Klaus Schubert, Direktor Personal, Organisation und Recht, Köln (seit dem 18.09.2014)

Anton Bonnländer, Leiter Anlagemanagement, Köln
(seit dem 18.09.2014)

Hartmut Biering, Hauptabteilungsleiter Kredit, Köln
(bis zum 18.09.2014)

Zentralbeirat

Dr. Stefan Arend

Vorstand, Kuratorium Wohnen im Alter gAG, Hauptverwaltung, Unterhaching

Manfred Boos

Bereichsleiter Finanzen und Verwaltung, UNICEF Deutschland, Köln

Dietmar Bühler

Vorstand, Benedict-Kreutz-Stiftung, Freiburg im Breisgau

Andrea Büngeler

Stellv. Landesgeschäftsführerin, Geschäftsbereich Finanzen Organisation, Der Paritätische Nordrhein-Westfalen e. V., Wuppertal

Armin von Buttlar

Vorstand, Aktion Mensch e. V., Bonn

Klaus Dahlmeyer

Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Baden e. V., Karlsruhe

Uwe Deh

AOK-Bundesverband GbR, Geschäftsführender Vorstand, Berlin, (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Thomas Doerr

Vorsitzender der Geschäftsführung, Johanniter Seniorenhäuser GmbH, Berlin (Mitglied des Zentralbeirates bis zum 09.04.2014)

Alfons Donat

Geschäftsführer, Dernbacher Gruppe Katharina Kasper, Dernbach

Christoph Dürdöth

Vorstand, St. Josefshaus Herten (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Hans-Christian Ebel

Geschäftsführender Gesellschafter, Dr. Ebel Fachkliniken, Bad Karlshafen (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Birgit Eckhardt

Stellvertretende Vorsitzende, Paritätischer Wohlfahrtsverband Niedersachsen e. V. Hannover (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Thomas Eisenreich

Neue berufliche Position seit dem 01.08.2014: Geschäftsbereichsleiter, Verband diakonischer Dienstgeber in Deutschland e. V., Berlin

Alfred Felscher

Geschäftsführer a. D. (Paracelsus-Kliniken Deutschland, Osnabrück) (Mitglied des Zentralbeirates bis zum 09.04.2014)

Rifat Fersahoglu-Weber

Vorsitzender des Vorstandes, AWO Bezirksverband Braunschweig e. V., (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Franz-Heinrich Fischler

Direktor i. R. (Diözesancaritasverband für das Erzbistum Berlin e. V., Berlin) (Mitglied des Zentralbeirates bis zum 09.04.2014)

Thiemo Fojkar

Vorsitzender des Vorstandes, IB Internationaler Bund Freier Träger der Jugend-, Sozial- und Bildungsarbeit e. V. (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Dr. Gabriele Girke

Landesgeschäftsführerin, Der PARITÄTISCHE Sachsen-Anhalt, Magdeburg

Dr.-Ing. Herbert Günther

Geschäftsführer, DRK Gemeinnützige Krankenhaus GmbH Sachsen, DRK Krankenhaus Chemnitz-Rabenstein, Chemnitz

Prof. Dr. Hanns-Stephan Haas

Vorstand, Evangelische Stiftung Alsterdorf, Hamburg (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Michael Hack

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt, Alten-, Jugend- und Sozialhilfe gGmbH, Erfurt

Claus Helmert

Bereichsleiter Haushalt und Finanzen, DER PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V., Berlin (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Verena Hölken

Finanzvorstand, Malteser Deutschland gGmbH (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Dr. Markus Horneber

Vorsitzender des Vorstandes, Agaplesion gAG (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Prof. Dr. med. Udo Janßen, MBA

Generaldirektor-Stellvertreter und Leiter des Finanz- und Controllingmanagements im Wiener Krankenanstaltenverbund, Wien (Mitglied des Zentralbeirates bis zum 30.06.2014)

Friedhelm Kamps

Geschäftsführer, Deutsches Jugendherbergswerk,
Landesverband Rheinland e.V., Düsseldorf

Hartmut G. Knipscheer

Vorstand a. D. (Martinshof Rothenburg Diakoniewerk,
Rothenburg) (Mitglied des Zentralbeirates bis zum
09.04.2014)

Pastor Prof. Dr. Udo Krolzik

Vorstand a. D. (FAKD Führungsakademie für Kirche und
Diakonie, Berlin (Mitglied des Zentralbeirates bis zum
09.04.2014)

Prof. Dr. Dr. h. c. (mult.) Franz Peter Lang

Vorsitzender des Vorstandes, Wohnungsgenossenschaft
Essen-Nord eG, Essen

Dr. Sven Langner

Geschäftsführer, Elisabeth Vinzenz Verbund GmbH,
Berlin (Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Oswald Menninger

Geschäftsführer, DPW – Deutscher Paritätischer Wohlfahrts-
verband, Landesverband Berlin e. V., Berlin

Thomas Neeb

Geschäftsführer, Johanniter Seniorenhäuser GmbH
(Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Andreas Niedermeier

Sprecher der Geschäftsleitung, AWO – Arbeiterwohlfahrt,
Bezirksverband Oberbayern e. V., München

Dr. Peter Olijnyk

Geschäftsführer, Arbeiterwohlfahrt Müritz e. V., Waren

Thorsten Ostermann

Geschäftsführender Gesellschafter, OSTERMANN
POTT & CIE., HEALTHCARE ADVISORS GMBH & CO. KG.,
Bonn

Dietmar Pawlik

Vorstand Administration, Klinikum Fulda gAG
(Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Christian Reuter

Bundesgeschäftsführer, ASB Arbeiter-Samariter-Bund
Deutschland e. V., Bundesverband, Köln

Prof. Dr. Rainer Salfeld

Geschäftsführender Gesellschafter, Artemed SE, Tutzing
(Mitglied des Zentralbeirates seit dem 01.07.2014)

Prof. Markus Schächter

Intendant i. R. (Zweites Deutsches Fernsehen, Mainz)
(Mitglied des Zentralbeirates bis zum 09.04.2014)

Klaus Schilling

Geschäftsführer, MEDIGREIF Unternehmensgruppe,
Greifswald

Bernd Schmitz

Vorstand, Deutsches Rotes Kreuz e. V., Berlin

Elfi Scho-Antwerpes

Erste Bürgermeisterin der Stadt Köln, Kreisgruppen-
vorsitzende, DPWV – Deutscher Paritätischer Wohlfahrts-
verband, Kreisgruppe Köln e. V., Köln (Mitglied des Zentral-
beirates bis zum 30.06.2014)

Paul-Werner Schöndorf

Provinzbeirat, Barmherzige Schwestern vom heiligen Kreuz
Kloster Hegne, Freiburg im Breisgau (Mitglied des Zentral-
beirates bis zum 09.04.2014)

Werner Sigmund

Präsident EVBB, Internationaler Bund (IB), Frankfurt am Main
(Vorsitzender des Vorstandes (IB) a. D., ab dem 01.01.2013)
(Mitglied des Zentralbeirates bis zum 09.04.2014)

Bernhard P. Späth

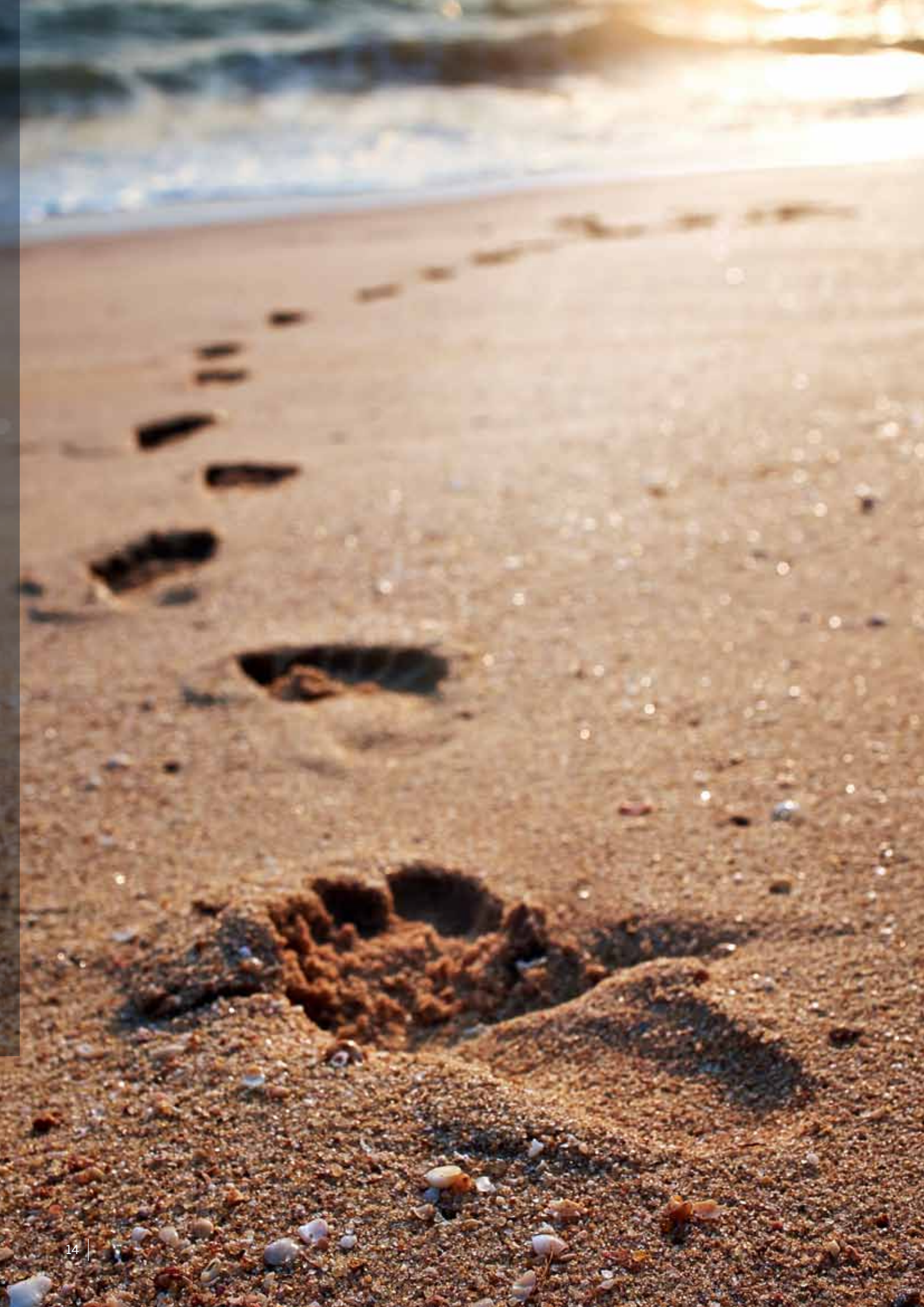
Vorsitzender des Vorstandes a. D. (St. Josefshaus
Herten, Rheinfelden) (Mitglied des Zentralbeirates bis zum
09.04.2014)

Leonhard Stärk

Landesgeschäftsführer, Bayerisches Rotes Kreuz,
München

Bernd Weber

Vorstand a. D., ab dem 01.04.2012, (Agaplesion gAG,
Frankfurt am Main) (Mitglied des Zentralbeirates bis zum
09.04.2014)



Bericht des Vorstandes

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die deutsche Wirtschaft zeigte sich im Jahr 2014 in einer soliden Verfassung. Nachdem das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in den vorangegangenen Jahren nur moderate Anstiege verzeichnen konnte (2012 um 0,4 % und 2013 um 0,1 %), fiel der Zuwachs im Jahr 2014 mit 1,5 % deutlich höher aus. Damit lag die Wachstumsdynamik über dem Durchschnittswert der letzten zehn Jahre (2003 bis 2013) von 1,2 %. Abermals gut behauptet hat sich die deutsche Wirtschaft im europäischen Vergleich. Allerdings hat sich der Abstand auf den Durchschnitt der Eurozone (0,8 %) verringert, da nach den teils kräftigen Rückgängen in den Jahren 2012 und 2013 in fast allen Ländern wieder eine Steigerung der Wirtschaftsleistung erreicht werden konnte.

Nach einem schwungvollen Jahresauftakt ist die deutsche Wirtschaft im zweiten Quartal 2014 in eine Wachstumsdelle geraten. Bedingt war diese Entwicklung insbesondere durch das unerwartet mäßige Tempo der weltwirtschaftlichen Expansion sowie die zahlreichen geopolitischen Konflikte (z. B. die kriegesischen Auseinandersetzungen in Syrien und dem Irak). Im dritten und vierten Quartal konnte sich die deutsche Wirtschaft jedoch in einem schwierigen weltwirtschaftlichen Umfeld, wenn auch mit sehr geringen Zuwächsen des BIP, wieder behaupten.

Starke inländische Wachstumsimpulse

Anstieg der Binnennachfrage als Wachstumsstütze

Das Wirtschaftswachstum des Jahres 2014 wurde maßgeblich durch den Anstieg der Binnennachfrage getragen. So konnten die staatlichen Konsumausgaben mit einem Plus von 1,0 % deutlich gesteigert werden. Der Konsum der privaten Haushalte erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr ebenso wie die Konsumausgaben insgesamt um 1,1 %. Begünstigt wurde die Ausweitung des Konsums durch die gute Lage am Arbeitsmarkt, steigende Reallöhne sowie eine nur moderate Zunahme der Verbraucherpreise, welche u. a. aufgrund des starken Verfalls der Öl- und Energiepreise im zweiten Halbjahr nur mit einer Rate von 0,9 % (Vorjahr: 1,6 %) anstiegen.

Aufwärts gerichtet waren zudem die inländischen Investitionstätigkeiten der Unternehmen und des Staates. Die Bruttoinvestitionen, welche sich im Wesentlichen aus den Investitionen in Maschinen, Geräte, Fahrzeuge und Bauten sowie den Vorratsveränderungen zusammensetzen, lagen preisbereinigt 1,7 % über dem Wert des Vorjahres. Allerdings hat sich die langfristige Tendenz einer fallenden Investitionsquote (Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP) fortgesetzt. Im Jahr 2014 lag die Quote nur noch bei 20 %. Insgesamt betrachtet trug die Binnennachfrage 1,1 Prozentpunkte zum Anstieg des BIP bei.

Außenhandel mit geringem Wachstumsbeitrag

Der grenzüberschreitende Handel wurde weiterhin von einem schwierigen außenwirtschaftlichen Umfeld geprägt. Trotzdem konnte er im Jahresdurchschnitt 2014 an Dynamik gewinnen. Die Ausfuhren von Waren und Dienstleistungen übertrafen den Wert des Jahres 2013 preisbereinigt um

3,7 %. Das Exportgeschäft wurde dabei durch einen merklichen Anstieg der Wareneinfuhren in Länder der Europäischen Union stimuliert. Parallel stiegen die Importe fast genauso stark um 3,3 %. Der daraus resultierende Außenbeitrag steuerte folglich einen geringen positiven Beitrag in Höhe von 0,4 Prozentpunkten zum BIP-Wachstum bei.

Beschäftigung auf Rekordniveau

signifikante Steigerung der Erwerbstätigkeit

Der Arbeitsmarkt zeigte sich trotz der im Jahresverlauf nachlassenden Wachstumsdynamik in einer guten Verfassung. Dies spiegelt sich insbesondere darin wieder, dass sowohl bei der Erwerbstätigkeit als auch bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung signifikante Steigerungen zu beobachten waren. Die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote hat sich um 0,2 Prozentpunkte auf 6,7 % verringert. Große Unterschiede bestehen nach wie vor zwischen Ost- und Westdeutschland. So lag die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland mit 9,8 % deutlich über dem Niveau in Westdeutschland mit 5,9 %.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat im Jahresdurchschnitt 2014 um 371.000 oder 0,9 % auf 42,65 Millionen zugenommen und ist damit auf einen neuen Höchststand geklettert. Wie in den Vorjahren war die Steigerung bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung mit 559.000 oder 1,9 % auf 30,17 Millionen Arbeitnehmer ebenfalls deutlich.¹ Wesentlich hierzu beigetragen haben eine höhere Erwerbsbeteiligung von Frauen sowie eine starke Zuwanderung aus den süd- und osteuropäischen EU-Staaten. Eine Betrachtung nach statistischen Wirtschaftszweigen zeigt überwiegend Zuwächse. Die größten Steigerungen konnten die Bereiche Immobilien, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen (+ 87.000 bzw. 4,2 %) sowie Heime und Sozialwesen (+ 63.000 bzw. 3,2 %) verzeichnen.

Staatshaushalt erstmals seit 1969 ausgeglichen

zweithöchster Überschuss seit der Wieder- vereinigung

Nachdem der Staatssektor – dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen – bereits in den Jahren 2012 und 2013 einen kleinen Finanzierungsüberschuss erzielen konnte, wurde das Jahr 2014 nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes mit dem zweithöchsten Überschuss seit der deutschen Wiedervereinigung in Höhe von rund 11,9 Milliarden Euro abgeschlossen. Dabei erzielten Bund, Gemeinden und Sozialversicherungen jeweils einen Überschuss. Lediglich die Länder wiesen noch ein Defizit aus.

Auf der Einnahmenseite sind die Steuereinnahmen und die Sozialbeiträge, bedingt u. a. durch die günstige Entwicklung von Binnenkonjunktur und Arbeitsmarkt sowie die höheren Tarifabschlüsse, merklich gestiegen. Die Ausgabenseite war geprägt durch eine deutliche Erhöhung der sozialen

¹ Weil für sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bei Fertigstellung dieses Berichts noch keine Jahresdurchschnitte vorlagen, wurden die Juni-Werte herangezogen, die in der Regel nahe beim Jahresdurchschnitt liegen. Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Monatsbericht Dezember und Jahr 2014.

Sachleistungen und Bauinvestitionen sowie sinkende Zinszahlungen infolge der gegenwärtig sehr günstigen Refinanzierung am Kredit- und Kapitalmarkt. Insgesamt stiegen die Einnahmen im Jahr 2014 mit 3,4 % stärker als die Ausgaben mit 2,8 %.

Diese positive Entwicklung führte dazu, dass der Bund erstmals seit 1969 einen ausgeglichenen Haushalt ausweisen konnte und sich folglich die Verbindlichkeiten an den Kredit- und Kapitalmärkten nicht erhöhten. Im Etatentwurf für das Jahr 2014 wurde noch von einer Nettokreditaufnahme in Höhe von 6,5 Milliarden Euro ausgegangen. Gemessen am nominalen BIP ergibt sich für den Staat im Jahr 2014 eine Überschussquote von 0,4 %. Damit wurde der im Maastricht-Vertrag festgelegte Referenzwert von 3 % bereits das vierte Jahr in Folge deutlich unterschritten.

Weitere geldpolitische Lockerung durch die EZB

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat im vergangenen Jahr ihre Geldpolitik noch weiter gelockert. Auslöser der verschiedenen Maßnahmen war die auf niedrigem Niveau nachlassende Inflationsrate sowie ein schwächer als erwarteter Konjunkturverlauf im Euroraum. Dem Risiko der weiteren Verschärfung der Situation begegnete die EZB mit zwei Leitzinssenkungen im Juni und September um insgesamt 0,2 Prozentpunkte auf 0,05 %. Gleichzeitig wurde der Zins für Übernachteeinlagen der Kreditinstitute bei der europäischen Notenbank in zwei Zinsschritten auf - 0,2 % gesenkt. Damit wird erstmals ein Strafzins für bei der EZB geparkte Gelder verlangt.

Flankiert wurden die Zinsmaßnahmen durch ein neues langfristiges Refinanzierungsgeschäft sowie durch Programme zum Aufkauf von verbrieften Krediten und gedeckten Schuldverschreibungen. Darüber hinaus gab die EZB am Ende des Jahres bekannt, dass sie die Machbarkeit und Wirkung weitergehender geldpolitischer Maßnahmen, wie z. B. den breiten Ankauf von Staatsanleihen, prüfe. Im Januar 2015 wurde schließlich ein groß angelegtes Anleihenkaufprogramm mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 1,1 Billionen Euro beschlossen.

Eine schwache Entwicklung ist für die europäische Gemeinschaftswährung Euro im Jahr 2014 zu konstatieren. Der Euro-Dollar-Kurs lag am Jahresende mit 1,21 US-Dollar rund 16 US-Cent unter dem Vorjahreswert. Treiber dieser Entwicklung war in erster Linie die divergierende Geldpolitik in Europa und den USA. Im Gegensatz zur EZB stellte die US-Notenbank aufgrund der anziehenden Konjunktur in den USA den Märkten keine zusätzliche Liquidität mehr zur Verfügung. Darüber hinaus deutete sie mehrfach einen Wechsel der Zinspolitik und damit Zinserhöhungen für das Jahr 2015 an.

Niedrigzinsumfeld größtes Risiko für die Finanzstabilität

Grundsätzlich hat sich die Risikotragfähigkeit der deutschen Banken im letzten Jahr verbessert. So konnten die Kapitalausstattung erhöht und die Verschuldung verringert werden. Diese Entwicklung ist vor allem auf die verschärften regulatorischen Anforderungen („Basel III“) und die Vorbereitung auf den Stresstest der EZB zurückzuführen. Dieser sowie verschiedene Makrostresstests der

Bundesbank haben gezeigt, dass die Bilanzen der deutschen Banken solide sind und einem simulierten schweren Schock standhalten.

**dauerhafte
Niedrigzinsphase**

Die strukturelle Ertragsschwäche der Institute dauert jedoch an. Belastend auf die Ertragslage wirken zunehmend das Niedrigzinsumfeld und eine damit einhergehende Abnahme des Zinsüberschusses. Ein Rückgang der Kreditzinsen kann von den Banken nicht mehr durch ein weiteres Absenken der Einlagenzinsen aufgefangen werden, da diese bei vielen Instituten bereits nahe 0 % liegen. Besonders bei ertragsschwachen Instituten – zu denen nicht die Bank für Sozialwirtschaft AG zählt – kann ein Andauern der Niedrigzinsphase zu einer erhöhten Risikoneigung führen. Ein wichtiger Schritt für eine dauerhafte Stabilität der europäischen Banken wurde mit dem Start der EU-Bankenunion am 4. November 2014 getan.

Gutes Finanzierungsumfeld für Unternehmen

Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen – abhängig von ihrer Bonität – waren auch im Jahr 2014 außerordentlich günstig. So lag der ifo Kredithürdenindikator im gesamten Jahr auf einem niedrigen Niveau. Nur weniger als jedes fünfte Unternehmen berichtete über eine Einschränkung des Zugangs zu Bankkrediten. In der zweiten Jahreshälfte haben zudem einige Kreditinstitute ihre Kreditbedingungen (z. B. Sicherheitenerfordernisse und Zusatzvereinbarungen) spürbar gesenkt.

Ein weiterer Indikator für das gute Finanzierungsumfeld ist die Entwicklung der Zinsen für Unternehmenskredite, welche im Jahresverlauf auf ein noch niedrigeres Niveau gesunken sind. Im November 2014 lagen beispielsweise die Zinsen für langfristige großvolumige Neukredite an Unternehmen im Durchschnitt bei nur noch knapp 2,0 % (Vorjahr: 2,7 %). Trotz der sehr guten Finanzierungssituation hat sich die Kreditnachfrage nur geringfügig erhöht. Das Volumen der Kredite an inländische Unternehmen und wirtschaftlich Selbstständige lag im dritten Quartal 2014 mit insgesamt 1.293 Milliarden Euro lediglich rund 1,0 % über dem Jahresendstand 2013.

Immer weniger Insolvenzen

**fast stetige
Abnahme
der Insolvenzen**

Die weitestgehend gefestigte konjunkturelle Lage hat zu einem weiteren Rückgang der Insolvenzen in Deutschland geführt. In den Monaten Januar bis Oktober 2014 wurden bei den Amtsgerichten 20.324 Unternehmensinsolvenzen gemeldet (Vorjahr: 22.146; - 8,2 %). Damit ist bereits seit fünf Jahren eine fast stetige Abnahme zu beobachten. Eine regionale Betrachtung zeigt nur in Bremen, Hamburg und Thüringen Zuwächse. Direkt betroffen waren von Insolvenzen im Unternehmensbereich im betrachteten Zeitraum rund 110.338 Arbeitnehmer/-innen (Vorjahr: 150.832; - 26,8 %). Allerdings sind Firmeninsolvenzen nach wie vor von einer hohen volkswirtschaftlichen Relevanz. So sind die hierdurch verursachten Schäden in Form von voraussichtlichen Forderungsausfällen auf rund 22,1 Milliarden Euro angestiegen (Vorjahr: 21,2 Milliarden Euro; + 4,3 %).

Neue Rekorde an den Kapitalmärkten

An den Aktienmärkten war im vergangenen Jahr ein Auf und Ab zu beobachten. Nachdem der deutsche Leitindex DAX in den ersten Monaten in einer Spanne zwischen 9.000 und 9.700 Punkten pendelte, konnte er im Juni erstmals mit über 10.000 Punkten aus dem Handel gehen. In der zweiten Jahreshälfte prägten teilweise starke Tagesschwankungen das Bild. Letztendlich beendete der DAX nach dem Erreichen eines neuen Allzeithochs von fast 10.100 Punkten Anfang Dezember das Jahr 2014 mit einem Stand von 9.806 Punkten. Damit konnte er gegenüber dem Vorjahresendstand einen Zuwachs von rund 2,7 % verzeichnen. Belastend auf die Entwicklungen an den Aktienmärkten wirkte insbesondere der Konflikt in der Ukraine und die damit verbundenen Sanktionen gegen Russland. Unterstützend wirkten hingegen die geldpolitischen Maßnahmen der EZB.

historisches Tief zehnjähriger Bundesanleihen

Die Kurse der Staatsanleihen wurden im Jahr 2014 von einer niedrigen Inflationsrate, einem fallenden Ölpreis, geopolitischen Unruheherden und dem Ausblick auf mehr Liquidität von der EZB beflügelt. Besonders stark nachgefragt waren neben den Bundesanleihen die Schuldverschreibungen aus den Peripherieländern Spanien, Italien, Irland und Portugal. Bei den richtungsweisenden Bundesanleihen mit einer Laufzeit von zehn Jahren wurde am Jahresende 2014 mit einer Rendite von 0,54 % ein neues historisches Tief erreicht.

Ausblick 2015

Die Konjunktur in Deutschland befand sich zum Jahresende 2014 auf einem moderaten Wachstumspfad. Im Jahresverlauf 2015 dürfte die Wachstumsdynamik allerdings wieder zunehmen. Wesentliche Stütze wird voraussichtlich die Binnennachfrage bleiben, da u. a. die Kaufkraft der privaten Haushalte durch die anhaltende Ausweitung der Beschäftigung und steigende Einkommen gestärkt wird. Positive Impulse könnten von einem mittelfristig niedrigen Rohölpreis ausgehen. Erwartet wird für das Jahr 2015 ein Wachstum der deutschen Wirtschaft zwischen 1,0 % und 1,5 %. Dies setzt aber voraus, dass die bestehenden Risiken nicht schlagend werden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang insbesondere eine sich verzögernde wirtschaftliche Erholung im Euro-Gebiet und den Schwellenländern sowie eine weitere Eskalation der geopolitischen Krisen.

Bericht des Vorstandes

Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft

Die Nachfrage nach Leistungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft steigt kontinuierlich. Grenzen des Wachstums werden durch das Arbeitskräfteangebot und die verfügbaren öffentlichen Haushaltsmittel abgesteckt. In der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sind Wachstumsgrenzen in der Regel mit Versorgungsengpässen in Situationen eines akuten Hilfebedarfs gleichzusetzen – z. B. dem Bedarf nach medizinischer Behandlung, Pflege oder Kinderbetreuung. Deshalb stehen die entsprechenden gesetzlichen Regelungsbereiche weiterhin unter einem enormen Reformdruck. Auch in 2014 wurden entscheidende Weichenstellungen für die Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen beschlossen bzw. vorbereitet.

Expansion der Geschäftsfelder

Die für das Geschäft der BFS relevanten Sektoren der Sozial- und Gesundheitswirtschaft sind seit Jahren durch ein wachsendes Marktvolumen geprägt. Dies spiegelt sich auch in den statistischen Veröffentlichungen des Jahres 2014 wider. So stieg die Zahl der Leistungsempfänger der Sozialen und Privaten Pflegeversicherung im Zeitraum von 2011 bis 2013 um rund 7,3 %. In derselben Zeitspanne wurden in Krankenhäusern ca. 2,4 % mehr stationäre Behandlungsfälle gezählt, und die Beschäftigtenzahl in Werkstätten für Menschen mit Behinderung erhöhte sich um etwa 3,2 %. Kindergärten, -krippen und -horte betreuten abermals mehr Kinder (+ 2,9 %), und die Anzahl der begonnenen Hilfen in Erziehungsheimen und sonstigen betreuten Wohnformen der Erziehungshilfe legte um ca. 3,3 % zu.

**kontinuierliche
Ausweitung der
Leistungserbringung**

In diesen und weiteren Geschäftsfeldern der Sozial- und Gesundheitswirtschaft ist auch in den kommenden Jahren mit einer Ausweitung der Leistungserbringung zu rechnen. Verantwortlich hierfür sind vor allem die demografische Entwicklung, ein sinkendes Unterstützungspotenzial durch Angehörige und zusätzliche Behandlungsmöglichkeiten aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts.

Angespannte Personalsituation

Mit der Expansion der Geschäftsfelder steigt die Nachfrage nach Personal. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit hat sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den statistischen Wirtschaftsbereichen Gesundheitswesen, Heime und Sozialwesen von Dezember 2011 bis Dezember 2013 um rund 212.000 auf ca. 4,3 Millionen Beschäftigte erhöht. Dabei lag der Zuwachs um rund 5,2 % in diesen Wirtschaftsbereichen über der Steigerungsrate in der Gesamtwirtschaft um rund 2,9 %.

Dennoch gestaltet sich die Besetzung offener Stellen für Sozial- und Gesundheitsunternehmen weiterhin schwierig. Laut der Fachkräfteengpassanalyse der Bundesagentur für Arbeit kamen im Dezember 2014 z. B. auf 100 gemeldete Stellen für examinierte Altenpflegefachkräfte und -spezialisten im Bundesdurchschnitt rechnerisch lediglich 42 Arbeitslose. Dabei lag die Vakanzzeit der Stellenange-

bote mit 122 Tagen rund 53 % über dem Durchschnitt aller Berufe auf der Ebene der Fachkräfte und Spezialisten.

Zwanzig Jahre Soziale Pflegeversicherung

20 Jahre Pflegeversicherung

In 2014 jährte sich der Beschluss des Pflege-Versicherungsgesetzes vom 26. Mai 1994 zum zwanzigsten Mal. In diesen beiden Jahrzehnten hat die Soziale Pflegeversicherung (SPV) zu erheblichen Verbesserungen der Versorgungssituation von pflegebedürftigen Menschen beigetragen. Allerdings wirken anfängliche Konstruktionsfehler der SPV bis heute nach. Hier sind u. a. ein Pflegebedürftigkeitsbegriff, welcher die spezifischen Betreuungsbedarfe von demenziell erkrankten Personen nicht berücksichtigt, Schnittstellenprobleme zwischen SPV und Gesetzlicher Krankenversicherung, eine fehlende bzw. unzureichende Leistungsdynamisierung sowie ein nicht zukunftsfestes Finanzierungs-konzept zu nennen. Beharrlich erhöht die demografische Entwicklung die Anforderungen an die SPV.

Ein steigender Reformdruck schlägt sich in den letzten Jahren in gesetzlichen Neuordnungen der SPV nieder – aktuell im ersten und zweiten Pflegestärkungsgesetz von 2015 bzw. 2017. Durch eine deutliche Anhebung der Leistungssätze für ambulante Pflege sowie Tages- und Nachtpflege, vorteilhafte Kombinationsmöglichkeiten verschiedener ambulanter und teilstationärer Leistungsbausteine sowie weitere begünstigende Rahmenbedingungen für eine Betreuung zu Hause oder in ambulant betreuten Wohngemeinschaften werden im Regelungsbereich der SPV maßgeblich Impulse zur Veränderung der pflegerischen Versorgung gesetzt.

Noch in dieser Wahlperiode sollen mit einem zweiten Pflegestärkungsgesetz ein neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff (mit fünf Pflegegraden statt drei Pflegestufen) und ein neues Begutachtungsverfahren eingeführt werden. Von zentraler Bedeutung ist dabei die Aufhebung der bisherigen Unterscheidung zwischen Pflegebedürftigen mit einerseits körperlichen und andererseits kognitiven sowie psychischen Einschränkungen (insbesondere Demenz).

Veränderungen der rechtlichen Rahmenbedingungen auf Länderebene

Mit Urteilen zur Auslegung des § 82 SGB XI hat das Bundessozialgericht im September 2011 eine Neuordnung der Investitionskostenrefinanzierung stationärer Pflegeeinrichtungen angestoßen. Bisher haben nur wenige Bundesländer eine Anpassung des Landesrechts an die Vorgaben der BSG-Urteile vorgenommen. Entsprechende Gesetze bzw. Durchführungsverordnungen wurden in Nordrhein-Westfalen und Sachsen beschlossen. In Sachsen-Anhalt liegt ein Verordnungsentwurf vor, und in Bayern gilt eine Übergangsregelung bis zur Anpassung der entsprechenden Verordnung. Den gesetzgeberischen Maßnahmen ist gemeinsam, dass nur tatsächlich entstandene oder entstehende Kosten auf die Bewohner umgelegt werden sollen. Hierzu wird vor allem der Ansatz von Pauschalen für die Ermittlung der berücksichtigungsfähigen Investitions- und Instandhaltungskosten sowie für deren Umlage weitgehend aufgegeben. Ebenso erfolgt tendenziell eine Absenkung der Eigenkapitalverzinsung.

**differenzierte
Vorgaben des
GEPA NRW**

Besonders strikt wurde der „Tatsächlichkeitsgrundsatz“ in Nordrhein-Westfalen umgesetzt. Mit dem am 1. Oktober 2014 beschlossenen „GEPA“ wurde sowohl das Leistungsrecht (Alten- und Pflegegesetz) als auch das Ordnungsrecht (Wohn- und Teilhabegesetz) novelliert. Es werden differenzierte Vorgaben für Planung, Förderung und Refinanzierung von Aufwendungen für verschiedene Wohnformen und Investitionsanlässe gemacht. Insgesamt wird die Zielvorgabe der Landesregierung deutlich, in stationären Bestandseinrichtungen die gesetzlich vorgeschriebenen Anpassungsmaßnahmen zu ermöglichen (insbesondere 80 % Einzelzimmeranteil), einen Wegfall von stationären Pflegeheimplätzen weitgehend zu vermeiden und förderliche Rahmenbedingungen für den Ausbau von Angeboten wie der teilstationären Tagespflege zu schaffen. Einem weiteren Ausbau der stationären Pflege hingegen werden Barrieren in den Weg gestellt.

Reformmeiße im Krankenhaussektor

Nach einer Bestandsaufnahme der Deutschen Krankenhausgesellschaft im Jahr 2014 zur Krankenhausplanung und Investitionsfinanzierung in den Bundesländern blieb im Zeitraum von 2008 bis 2013 das jährliche Gesamtvolumen der Einzel- und Pauschalförderung nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz auf einem Niveau von etwa 2,7 Milliarden Euro nahezu konstant. Dabei hat sich die Investitionsförderung jedoch in den einzelnen Bundesländern sehr unterschiedlich entwickelt.

Im Rahmen des Sonderinvestitionsprogramms gemäß Artikel 14 des Gesundheitsstrukturgesetzes flossen den Krankenhäusern in den neuen Bundesländern bis zuletzt noch zusätzliche Investitionsmittel der gesetzlichen Krankenkassen zu. Mit Auslaufen des Programms in 2014 stehen diese Mittel künftig nicht mehr zur Verfügung.

**Investitions-
pauschalen erhöhen
Finanzierungsbedarf**

Im Berichtszeitraum haben mit Berlin und Hessen zwei weitere Länder die Umstellung der Investitionsförderung der Plankrankenhäuser von der Einzelförderung auf leistungsorientierte Investitionspauschalen beschlossen. Im Unterschied zu den Regelungen in Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland ist in Berlin und Hessen vorgesehen, die erstmals durch das Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus ermittelten Investitionsbewertungsrelationen (nach § 10 KHG) als Grundlage für die Berechnung der Pauschalen heranzuziehen. Durch die Umstellung auf leistungsorientierte Investitionspauschalen wird der Bedarf an Eigen- und Fremdfinanzierung der betroffenen Häuser steigen.

Hinsichtlich der zukünftigen rechtlichen Rahmenbedingungen ist im Koalitionsvertrag der gegenwärtigen Bundesregierung eine Reform der Krankenhausversorgung vorgesehen. Zur Vorbereitung wurde von einer dafür gebildeten Bund-Länder-Arbeitsgruppe bis Ende des Jahres 2014 ein Eckpunktepapier erarbeitet. Im Fokus stehen dabei insbesondere die Krankenhausplanung und -finanzierung sowie die Qualität und Sicherstellung der Versorgung.

Zudem hat das Bundeskabinett Ende 2014 den Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der Versorgung in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Versorgungsstärkungsgesetz) beschlossen. Von die-

sen Regelungen werden auch Krankenhäuser betroffen sein, u. a. hinsichtlich ihres Entlassmanagements und der Schaffung neuer Versorgungsstrukturen (Innovationsfonds).

Konsolidierung, Ambulantisierung und Budgetanhebung in der Rehabilitation

Im Bereich der stationären Rehabilitation hat sich die Konsolidierung fortgesetzt. Im Jahr 2013 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 1.187 stationäre Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen gezählt. Gegenüber 2011 ist dies ein Rückgang um rund 3,7 %. Im gleichen Zeitraum wurde die Zahl der aufgestellten Betten um ca. 2,3 % auf 167.000 Betten reduziert. Die vollstationäre Fallzahl schwankt seit 2007 um ein Niveau von jährlich zwei Millionen Fällen.

ambulante Rehabilitation im Trend

Deutlich an Bedeutung gewonnen hat die ambulante Leistungserbringung. Für das Jahr 2013 werden im Bereich der Gesetzlichen Rentenversicherung und der Gesetzlichen Krankenversicherung ca. 203.000 ambulante Fälle ausgewiesen. Dies sind rund 11,9 % der Gesamtfallzahl dieser beiden Kostenträger. In 2008 belief sich dieser Anteil auf 9,9 %.

Das Budget, auf welches die zulässigen jährlichen Ausgaben für Leistungen der medizinischen und beruflichen Rehabilitation im Bereich der Gesetzlichen Rentenversicherung begrenzt sind, betrug im Jahr 2013 rund 5,3 Milliarden Euro. Ab 2014 sind die jährlichen Steigerungsraten dieses Rehabilitationsbudgets nicht mehr nur an der voraussichtlichen Entwicklung der Bruttolöhne und -gehälter, sondern auch an der demografischen Entwicklung auszurichten. Hierdurch ergibt sich nach Angaben der Deutschen Rentenversicherung bis 2017 eine zusätzliche Erhöhung des Budgets um 233 Millionen Euro. Nach 2017 wird diese Anhebung allerdings wieder schrittweise abgebaut, da die geburtenstarken Jahrgänge nach und nach in Rente gehen.

Die Entwicklung des Rehabilitationsmarktes sowie künftige Herausforderungen und zukunftsfähige Geschäftsmodelle werden Untersuchungsgegenstände des „BFS-Marktreport Rehabilitation“ sein, der im Laufe des Jahres 2015 erscheinen wird.

Eingliederungshilfe: Warten auf das Bundesteilhabegesetz

Im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung expandiert das Marktvolumen weiterhin dynamisch. So ist die Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Eingliederungshilfe gemäß SGB XII von rund 770.000 in 2010 auf etwa 821.000 in 2012 gestiegen (+ 6,6 %). Dabei sind es insbesondere die ambulanten Angebotsformen, die sich einer immer größeren Nachfrage erfreuen. Außerhalb von Einrichtungen ist die Anzahl der Leistungsempfänger im Zeitraum von 2010 bis 2012 von ca. 333.000 auf etwa 377.000 angestiegen (+ 13,2 %). Demgegenüber ist bei der Anzahl der Leistungsempfänger in Einrichtungen ein geringer Zuwachs von rund 506.000 auf 529.000 festzustellen (+ 4,5 %).

**Reformen
stehen aus**

Wesentliche Änderungen der Angebotsarchitektur könnte mittelfristig die von der Bundesregierung angestrebte Reform der Eingliederungshilfe mit sich bringen. Kernpunkte der Reform sind die Entwicklung zu einer personenzentrierten Teilhabeleistung, die die individuellen Bedarfe stärker berücksichtigt, die Entwicklung eines durchlässigen und flexiblen Hilfesystems sowie die Schaffung von Beschäftigungsalternativen zur Werkstatt für behinderte Menschen. Neue Herausforderungen sind zudem von der geplanten Wirkungsmessung der erbrachten Leistungen zu erwarten. Eine vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales eingesetzte „Arbeitsgruppe Bundesteilhabegesetz“ soll bis April 2015 mögliche Reformthemen und -ziele eines Bundesteilhabegesetzes besprechen und mögliche Kompromisslinien zu den verschiedenen Themen der anstehenden Reform abwägen.

U3-Ausbau und Qualität im Fokus der Kindertagesbetreuung

Der Bereich der Kindertagesbetreuung war auch 2014 maßgeblich durch den Ausbau der Betreuungskapazitäten für unter Dreijährige (U3) geprägt. Am 1. März 2014 nahmen rund 662.000 U3-Kinder eine Tagesbetreuung in Anspruch. Gegenüber März 2009 stellt dies einen Zuwachs um ca. 60 % dar, mit einer durchschnittlichen jährlichen Wachstumsrate von knapp 10 %. Die bundesweite U3-Betreuungsquote erreichte zuletzt 32,3 %.

**U3 - Platzausbau
nicht abgeschlossen**

Zu Beginn des Kita-Jahres 2013/2014 meldeten die Länder rund 822.000 Betreuungsplätze inklusive geplanter und bewilligter Plätze. Dieser Zahl stand ein Bedarf nach ca. 780.000 Plätzen gegenüber. Im Bundesdurchschnitt scheinen somit rein rechnerisch ausreichend Plätze zur Verfügung zu stehen. Auf Ebene der Bundesländer, Kommunen sowie einzelner Planungsbezirke innerhalb von Städten und Gemeinden variiert das Maß der Bedarfsdeckung allerdings erheblich. Zudem kommen aktuelle Elternbefragungen des Deutschen Jugendinstituts zu dem Ergebnis, dass der Bedarf für U3-Betreuung mittlerweile bei 41,5 % liegt. Daher kann der U3-Platzausbau nicht als abgeschlossen angesehen werden.

Die im Zuge des U3-Ausbaus befürchtete Verschlechterung des Personalschlüssels – der Relation von Kindern zu Erziehern – ist nicht eingetreten. Im Gegenteil hat sich der Personalschlüssel tendenziell verbessert, wenn auch mit starken Unterschieden zwischen den Bundesländern. Die Spanne reicht von 2,9 Kindern pro Erzieher in Baden-Württemberg bis zu 6,2 in Sachsen-Anhalt. Der Betreuungsschlüssel und andere Qualitätsaspekte rücken verstärkt in den Fokus der Politik.

Europäische Entwicklungen

Der EU-Binnenmarkt und die einschlägige Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs haben im Berichtsjahr die mitgliedstaatlichen Sozial- und Gesundheitssysteme erneut in erheblichem Maße beeinflusst.

Zu nennen ist z. B. die im April 2014 verabschiedete Reform des EU-Vergaberechts, die innerhalb von zwei Jahren durch die Mitgliedstaaten in nationales Recht umzusetzen ist und die wichtige

**Koordinierung der
Sozial- und
Gesundheitspolitik**

Rahmenbedingungen für die Vergabe sozialer Dienstleistungen setzt. Die in Deutschland vorherrschende Leistungserbringung im sozialrechtlichen Dreiecksverhältnis bleibt vergaberechtsfrei. Soweit soziale Dienstleistungen anderweitig erbracht werden und unter das EU-Vergaberecht fallen, werden die Besonderheiten sozialer Dienstleistungen berücksichtigt. Nach der neuen Rechtslage gilt ein erhöhter Schwellenwert von 750.000 Euro. Bei Auftragswerten unterhalb dieser Schwelle findet das EU-Vergaberecht keine Anwendung. Auch überlässt die Neuregelung den Mitgliedstaaten bei der Ausgestaltung der Verfahren weitgehend freie Hand und schafft so den nötigen Spielraum, flexible Sonderregeln für soziale Dienstleistungen zu gestalten.

Neben den EU-rechtlichen Vorgaben kommt in Zeiten knapper öffentlicher Ressourcen auch der Koordinierung der Sozial- und Gesundheitspolitik eine immer stärkere Bedeutung zu. Ein anschauliches Beispiel bieten die länderspezifischen Empfehlungen der EU-Kommission für Deutschland 2014. Diese Empfehlungen werden im Rahmen eines in Folge der Wirtschaftskrise eingerichteten jährlichen Zyklus zur Koordinierung der Wirtschaftspolitik der EU-Staaten (Europäisches Semester) ausgesprochen. Die EU-Kommission hat 2014 u. a. empfohlen, dass Deutschland zusätzliche Anstrengungen unternehmen soll, um die Kosteneffizienz der öffentlichen Ausgaben für Gesundheitswesen und Pflege zu steigern.

Große Bedeutung für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft hat zudem die im Berichtsjahr begonnene neue EU-Förderperiode. Bis 2020 werden im Rahmen der Strukturfonds (insbesondere des Europäischen Sozialfonds) und über relevante EU-Aktionsprogramme (wie z. B. das EU-Gesundheitsprogramm oder das Programm für Beschäftigung und soziale Innovation) Fördergelder bereitgestellt.

„Soziale Innovation“ und „soziales Unternehmertum“ sind weitere Themen, die im Berichtsjahr im Fokus der sozialpolitischen Diskussion in Europa standen. Die EU-Kommission hat den Anspruch formuliert, zur Schaffung eines günstigen Umfeldes für das soziale Unternehmertum und für die gesamte Sozialwirtschaft in Europa beizutragen. Seit 2011 wurden durch die „Initiative für soziales Unternehmertum“ verschiedene Maßnahmen unternommen.

Der Einfluss der EU auf die Sozial- und Gesundheitswirtschaft war im Berichtsjahr vielschichtig. In Zukunft werden das EU-Recht sowie die Zusammenarbeit auf EU-Ebene für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft in Deutschland voraussichtlich weiter an Bedeutung gewinnen.

Ausblick

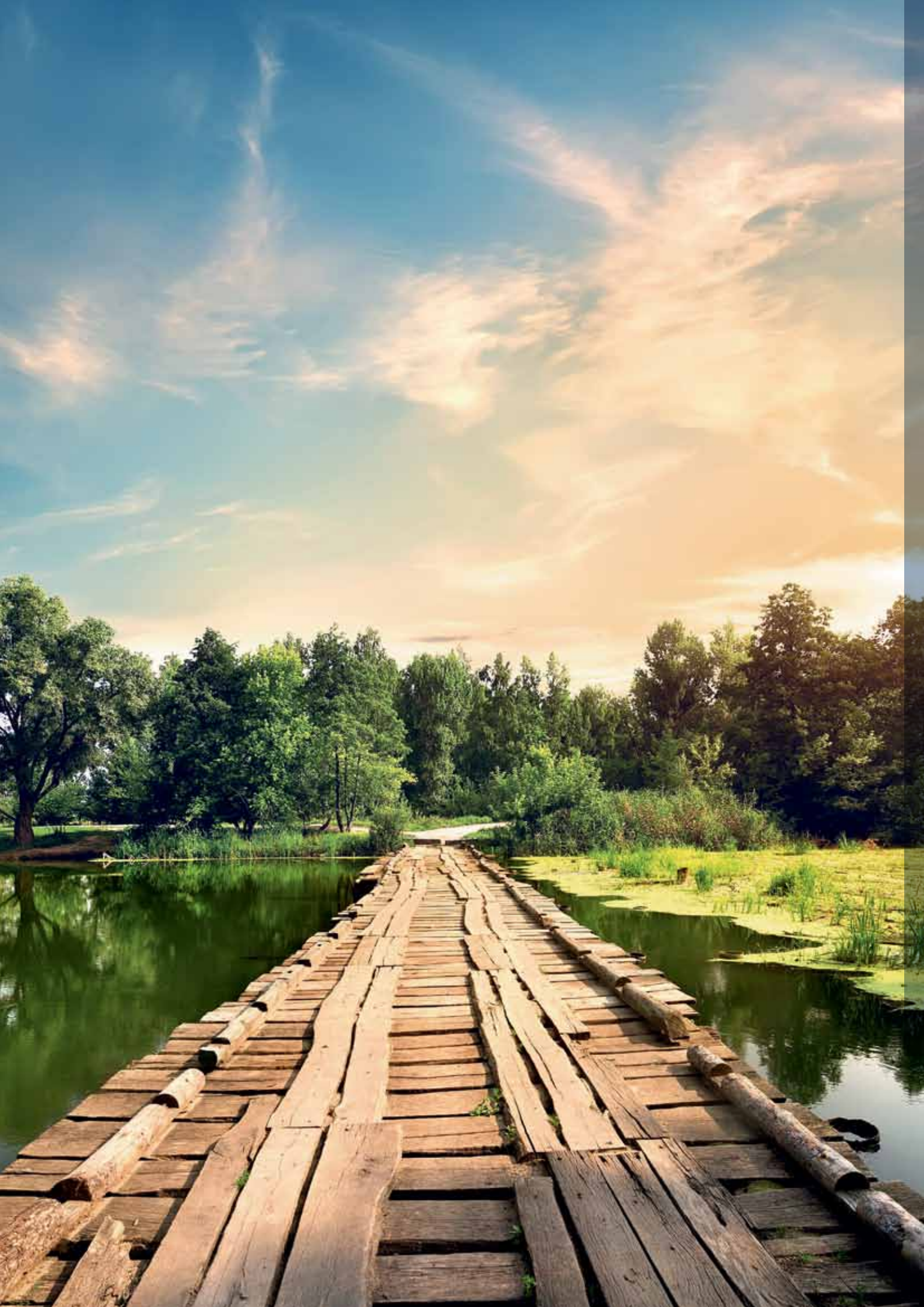
Die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft müssen sich u. a. auf tief greifende Veränderungen im Leistungs- und Ordnungsrecht, die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Mindestlohns und des Branchenmindestlohns für die Pflege sowie auf die weiteren Einschränkungen beim Arbeitskräfteangebot und den zunehmenden Einfluss der europäischen Ebene einstellen.

**Schuldenbremse
begrenzt
Ausgabenpotenzial**

Speziell im Pflegesektor werden derzeit drastische Eingriffe in ein hochkomplexes System aus leistungs- und ordnungsrechtlichen sowie nicht zuletzt marktwirtschaftlichen Komponenten vorgenommen. Die tatsächlichen Auswirkungen werden sich noch zeigen müssen. Alle Marktakteure haben dies genau zu beobachten und für ihr eigenes Handeln zu antizipieren.

Hinzu kommt, dass das Ausgabenpotenzial der öffentlichen Haushalte für die Sozial- und Gesundheitswirtschaft insgesamt aufgrund der ab dem Jahr 2016 für den Bund bzw. ab dem Jahr 2020 für die Länder greifenden Schuldenbremse begrenzt ist. Im Spannungsfeld zwischen der Bedarfsentwicklung, dem durch den Gesetzgeber induzierten Wettbewerb sowie den personellen und finanziellen Restriktionen werden zunehmend Investitionen in eine entsprechende Anpassung sowohl der Leistungskonzepte als auch der Einrichtungs- und Unternehmensstrukturen erforderlich.

Die Bank für Sozialwirtschaft geht davon aus, dass dadurch der Bedarf von Sozial- und Gesundheitsunternehmen an Kredit- und Kapitalmarktmitteln weiter steigen wird. Dabei gewinnt neben der Objektfinanzierung auch die Unternehmensfinanzierung an Bedeutung, u. a. für Fusionen, Übernahmen und Angebotsinnovationen. Durch eine kontinuierliche Branchenanalyse, einen systematischen Aufbau von Know-how zur Beurteilung konkreter Finanzierungsvorhaben und eine Weiterentwicklung ihrer Angebote wird die Bank für Sozialwirtschaft ihre Kunden auf diesem Weg auch in Zukunft kompetent begleiten.



Bericht des Vorstandes

Lagebericht 2014

Die Bank für Sozialwirtschaft AG hat ihre positive Entwicklung im Geschäftsjahr 2014 fortgesetzt. In einem sich stark verändernden Marktumfeld konnte die Bilanzsumme um 7,4 % auf 9,31 Mrd. EUR gesteigert werden. Das Betriebsergebnis liegt mit 83,9 Mio. EUR auf einem ähnlich hohen Niveau wie im Vorjahr (87,5 Mio. EUR). Der Jahresüberschuss nach Steuern beläuft sich auf 60,7 Mio. EUR (im Vorjahr: 61,8 Mio. EUR).

Aktivgeschäft

Die **Forderungen an Kreditinstitute** verringerten sich um 310,4 Mio. EUR auf 204,1 Mio. EUR. Dies ist auf die Umschichtung in Wertpapieranlagen zurückzuführen.

**Steigerung vor
allem im
langfristigen
Segment**

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich um 5,7 % auf 5.179,7 Mio. EUR. Wie in den Vorjahren entfiel ein großer Teil der Steigerung auf das langfristige Segment, in dem zugleich die höchsten Volumina bestehen. Während die täglich fälligen Forderungen um 48,0 Mio. EUR (+ 10,5 %) stark stiegen, verlangsamte sich das Wachstum der langfristigen Darlehen mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren. Ihr Bestand wuchs um 224,5 Mio. EUR (+ 5,2%).

Die Forderungen an Kunden verteilen sich nach Restlaufzeiten bis 5 Jahre auf 2.119,7 Mio. EUR (im Vorjahr 1.934,9 Mio. EUR) und über 5 Jahre auf 3.060,0 Mio. EUR (im Vorjahr 2.966,3 Mio. EUR).

Das Kreditwachstum im Berichtsjahr ist auf den seit Jahren hohen Investitionsbedarf für den Neubau und den zeitgemäßen Ausbau von Sozialimmobilien und damit die Nachfrage nach langfristigen Darlehen zurückzuführen. Aufgrund veränderter gesetzlicher Rahmenbedingungen für Finanzierungen im Bereich der Sozialwirtschaft, einer zunehmenden Dynamik des Wettbewerbs sowie außerordentlichen Tilgungen von Kunden vor dem Hintergrund des niedrigen Zinsniveaus fielen die Wachstumsraten im Kreditgeschäft geringer aus als in den Vorjahren.

Der **Wertpapierbestand** am Bilanzstichtag war mit 3.654,4 Mio. EUR um 645,2 Mio. EUR höher als im Vorjahr. Aus Umschichtungen von Bankenforderungen und aus Kundeneinlagen zugeflossene Liquidität wurde in Schuldverschreibungen angelegt.

Die **Anteile an verbundenen Unternehmen** blieben mit 20,0 Mio. EUR unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Die **Treuhandkredite** lagen mit einem Volumen von 174,1 Mio. EUR nahezu auf dem Vorjahresniveau (2013: 175,1 Mio. EUR). Der zur Verfügung stehende Kreditrahmen der von der Bank für Sozialwirtschaft AG treuhänderisch verwalteten zinslosen Darlehen des Bundes an freigemeinnützige Organisationen blieb im Berichtsjahr nach wie vor unverändert.

Der Buchwert für **Immaterielle Anlagewerte** reduzierte sich im Berichtsjahr um 17,8 % auf 11,6 Mio. EUR. Die Neuinvestitionen u. a. für Lizenzen und das neue Corporate Design waren im Berichtsjahr deutlich niedriger als die Abschreibungen auf bestehende Systeme.

Der Buchwert für **Sachanlagen** ging um 2,0 % auf 21,9 Mio. EUR zurück. Im Berichtsjahr überstiegen die planmäßigen Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung sowie auf Gebäude die Neuinvestitionen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung, die vor allem im Zuge der Modernisierung und Erweiterung der EDV-Geräte anfielen.

Die **Sonstigen Vermögensgegenstände** stiegen stichtagsbedingt um 4,1 % auf 8,2 Mio. EUR (im Vorjahr 7,8 Mio. EUR).

Passivgeschäft

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** wuchsen im Geschäftsjahr 2014 um 16,2 % auf 1.637,0 Mio. EUR. Während die täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber dem Vorjahresstichtag um 187,1 Mio. EUR sanken, weisen die Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit eine Steigerung um 412,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahresstichtag auf. Die Veränderung betrifft die Aufnahme kurz- und mittelfristiger Termingelder zu Refinanzierungszwecken.

Festgelder stark gestiegen

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** stiegen insgesamt um 5,9 % auf 6.787,9 Mio. EUR an. Die Erhöhung entfiel auf Spareinlagen (+ 49,0 % auf 279,4 Mio. EUR) und Festgelder (+ 33,5 % auf 1.474,5 Mio. EUR). Die täglich fälligen Einlagen sanken leicht um 1,7 % auf 5.034,0 Mio. EUR. Die Veränderungen sind Folgen des nach wie vor sehr niedrigen Zinsniveaus.

Die **Rückstellungen** sanken um 18,4 % auf 19,2 Mio. EUR. Die Veränderung entfiel vor allem auf die Steuerrückstellungen.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** blieben mit 159,5 Mio. EUR nahezu unverändert (- 0,1 %).

Das **Genussrechtskapital** änderte sich mit 22,7 Mio. EUR nicht gegenüber dem Vorjahr.

Der **Fonds für allgemeine Bankrisiken** blieb mit 40,9 Mio. EUR ebenfalls unverändert gegenüber dem Vorjahr.

Eigenmittel

Das **gezeichnete Kapital** veränderte sich im Berichtsjahr durch den Ankauf eigener Aktien um 0,1 Mio. EUR auf 36,3 Mio. EUR.

Die **Kapitalrücklage** erhöhte sich leicht um 0,1 Mio. EUR auf 43,4 Mio. EUR.

Die **Gewinnrücklage** ist um 50,3 Mio. EUR auf 319,9 Mio. EUR erhöht worden.

Zum Bilanzstichtag befinden sich 1.657 Stück eigene Aktien im Bestand, deren Gegenwert i. H. v. 1,0 Mio. EUR vom Eigenkapital offen abzusetzen ist. Davon entfallen 0,1 Mio. EUR auf das gezeichnete Kapital und 0,9 Mio. EUR auf die Gewinnrücklagen.

Das bilanzielle Eigenkapital ohne Berücksichtigung des Bilanzgewinns 2014 beträgt damit 399,6 Mio. EUR (+ 50,4 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr).

Als Eigenmittel gemäß CRR sind die nachrangigen Verbindlichkeiten sowie der Fonds für allgemeine Bankrisiken zu berücksichtigen, während die immateriellen Vermögensgegenstände abzusetzen sind.

Mit der sich daraus ergebenden Ausstattung konnten die Bank für Sozialwirtschaft AG und die Institutsgruppe im Berichtsjahr jederzeit die Eigenmittelanforderungen der CRR erfüllen.

Einlagensicherung

Die Bank für Sozialwirtschaft AG ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Verpflichtung bis zu 16.752 TEUR verbunden (bis zum Zehnfachen der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 ‰) berechneten Garantiefondsbeiträge).

Finanz- und Liquiditätslage

Die Zahlungsbereitschaft der Bank für Sozialwirtschaft AG war zu jeder Zeit gegeben.

Sowohl die Mindestreservebestimmungen als auch die von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht erlassenen Vorschriften der Liquiditätsverordnung wurden zu jeder Zeit eingehalten. Die aufsichtsrechtliche Liquiditätskennziffer betrug zum Bilanzstichtag 2,71 (Mindestwert 1,00).

Ertragslage

Steigerung des Zinsüberschusses

Der **Zinsüberschuss** inklusive der laufenden Erträge beträgt 143.642 TEUR. Die erfreuliche Steigerung des Zinsüberschusses (im Vergleich zum Vorjahr +5,0 %) resultiert überwiegend aus dem Wachstum des langfristigen Kreditgeschäfts und gesunkener Zinsaufwendungen.

Die **Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen** stiegen um 11,2 % auf 6.104,2 TEUR. Das ist auf die weiterhin positive Geschäftsentwicklung der Tochtergesellschaften zurückzuführen.

Das **Provisionsergebnis** stieg leicht um 0,8 % auf 3.890 TEUR, insbesondere durch geringere Aufwendungen im Kreditgeschäft.

Die **Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen** wuchsen um 12,4 % auf 60.383 TEUR. Dabei erhöhte sich der Personalaufwand vorrangig durch Neueinstellungen und Tarifsteigerungen um 7,3 % auf 34.201 TEUR. Die anderen Verwaltungsaufwendungen stiegen um 19,9 % auf 26.183 TEUR. Die Kostensteigerung entfiel im Wesentlichen auf gestiegene Pflichtbeiträge an den Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR), notwendige Aufwendungen zur Umsetzung aufsichtsrechtlicher Anforderungen und gestiegene IT-Aufwendungen.

Durch diese Entwicklungen verringerte sich das **Betriebsergebnis** im Vergleich zum Vorjahr um 4,0 % auf 83.927 TEUR.

Das **Bewertungsergebnis** belief sich insgesamt auf 4.709 TEUR. Im Kreditgeschäft wurde erneut mit einer konservativen Risikovorsorge und einer vorsichtigen Kreditvergabepolitik gearbeitet. Im Zuge der Veränderungen der finanziellen Rahmenbedingungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch den Rückzug der öffentlichen Hand aus der Finanzierung sozialer Leistungen und durch den zu erwartenden Umbau der sozialen Sicherungssysteme muss bezogen auf das Gesamtportfolio mit relativ höheren Kreditausfallwahrscheinlichkeiten gerechnet werden als in früheren Jahren. Im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen ist das Kreditausfallrisiko in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft durch die hohe öffentliche Regulierung und die geringe Konjunkturabhängigkeit des Nachfrageverhaltens in diesen Branchen jedoch nach wie vor gering. Im Wertpapiergeschäft wurde aufgrund der Zinsentwicklungen ein positives Ergebnis erzielt.

Die **gewinnabhängigen Steuern** beliefen sich auf 27.984 TEUR (Vorjahr: 28.997 TEUR).

Der **Jahresüberschuss** verringerte sich gegenüber dem Vorjahr leicht um 1.129 TEUR und liegt für das Geschäftsjahr 2014 bei 60.652 TEUR.

Vorschlag zur Verwendung des Bilanzgewinns

Der Vorstand schlägt vor, gemäß § 9 der Satzung 50.150 TEUR in die Position „andere Gewinnrücklagen“ einzustellen und eine Dividende in Höhe von 10.500 TEUR an die Aktionäre auszuschütten. Vor dem Hintergrund des guten Geschäftsergebnisses 2014 soll wie im Vorjahr eine Dividende in Höhe

Dividende plus Bonus von 12,00 EUR pro Stammaktie sowie zusätzlich ein Bonus in Höhe von 3,00 EUR pro Stammaktie gezahlt werden. Zudem soll ein neuer Gewinnvortrag in Höhe von 32 TEUR angesetzt werden.

Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Neben allgemeinen Risikofaktoren, die mit allen unternehmerischen Tätigkeiten verbunden sind, bestehen für das Bankgeschäft spezifische Bankgeschäftsrisiken. Sie zeigen sich für die Bank für Sozialwirtschaft AG in Form von Adressenausfallrisiken, Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, Vertriebsrisiken und operationellen Risiken. Das Länderrisiko spielt für die Bank für Sozialwirtschaft AG eine geringfügige Rolle.

Sowohl quantitativ (Solvabilitätskoeffizient) als auch qualitativ (Mindestanforderungen an das Risikomanagement) hält die Bank für Sozialwirtschaft AG die bankaufsichtsrechtlichen Regelungen zur Risikobegrenzung ein. Dies gilt auch hinsichtlich der Vorkehrungen zur Sicherung der jederzeitigen Zahlungsbereitschaft.

EDV-gestützte Risikosteuerung

Auf der Grundlage von Risikotragfähigkeitsberechnungen und regelmäßigen Stresstests werden die unterschiedlichen Risikoarten begrenzt und überwacht. Die geschäftspolitischen Maßnahmen der Bank werden entsprechend hieran ausgerichtet. Dabei nutzt sie EDV-gestützte Systeme, um die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, zu begrenzen und zu überwachen.

Die Ermittlung struktureller Adressenausfallrisiken im Kreditgeschäft basiert auf Einstufungen aller Kreditnehmer nach bankinternen Beurteilungskriterien im Rahmen eines Ratingsystems, das auf die Anforderungen an ein internes Rating nach CRR ausgerichtet ist. Für die Bewertung der Adressenausfallrisiken im Wertpapiergeschäft arbeitet die Bank mit dem Ratingsystem der WGZ-Bank. Die Einstufungen der Kreditnehmer in Bonitätsklassen werden regelmäßig überprüft. Das aggregierte Ergebnis wird nach Volumina und Blankoanteilen ausgewertet.

Das Kreditportfolio der Bank für Sozialwirtschaft AG weist insgesamt eine granulare Struktur auf. Ein signifikanter Anteil des ausgereichten Kreditvolumens wird in Einrichtungen der Altenpflege gehalten. Dieser Risikokonzentration begegnet die Bank für Sozialwirtschaft AG mit ihrer langjährigen Branchen- und Marktkompetenz und mit dem Einsatz sektor- und einrichtungsspezifischer Instrumente zur Risikoabwehr und -prävention (z. B. Standort- und Wettbewerbsanalyse, Betriebsvergleiche, Frühindikatorensystem) sowie klar geregelten Kompetenzen im Rahmen der Kreditgewährung und der Problemkreditbearbeitung.

Kredite mit akuten Ausfallrisiken sind hinreichend wertberichtigt. Der Umfang der Kredite mit erhöhten latenten Risiken ist überschaubar; für hierin enthaltene Wagnisse wurde eine ausreichende Vorsorge getroffen.

**Stärkung sozial-
wirtschaftlicher
Kompetenz**

Die Veränderungen der finanziellen und sozialpolitischen Rahmenbedingungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft, insbesondere die nachlassende öffentliche Förderung und der verstärkte Anbieterwettbewerb, bringen es mit sich, dass für eine fundierte Finanzierungsberatung – insbesondere im Hinblick auf die langfristige Kreditsicherheit – Fachkenntnisse zu den einzelnen Teilbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erforderlich sind. Daher werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich zu grundlegenden Fragestellungen und aktuellen Veränderungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft geschult und über regelmäßige interne Veröffentlichungen informiert.

Die Marktpreisrisiken beziehen sich angesichts der Geschäftsstruktur der Bank vor allem auf sich verändernde Geld- und Kapitalmarktzinsen sowie auf mögliche Bonitätsveränderungen im Wertpapiergeschäft. Ein Handelsbuch wird nicht unterhalten.

Zur Überwachung dieser Risiken verfügt die Bank für Sozialwirtschaft AG über ein Controlling- und Risikomanagementsystem, das den von der Bankenaufsicht vorgegebenen Anforderungen entspricht.

Es ist sichergestellt, dass Eigenhandelsgeschäfte nur im Rahmen klar definierter Kompetenzregelungen getätigt werden. Art, Umfang und Risikopotenzial der Geschäfte sind durch ein bankinternes Limitsystem begrenzt. Die Limite wurden an der bankindividuellen Risikotragfähigkeit orientiert. Zur Absicherung gegen ungünstige Zinsentwicklungen werden Zinsderivate eingesetzt.

Zur Quantifizierung der Risiken werden die Wertpapierbestände unter Zugrundelegung tagesaktueller Zinssätze und Kurse täglich bewertet. Darüber hinaus werden regelmäßig die potentiellen Verlustrisiken aus möglichen künftigen Zins- und Bonitätsveränderungen analysiert.

Die Marktpreisrisiken liegen derzeit im Rahmen der geschäftspolitischen Zielsetzung und der bankindividuellen Risikotragfähigkeit.

**innerbetriebliches
Risikoüber-
wachungssystem**

Neben den Adressenausfall- und Marktpreisrisiken muss sich die Bank für Sozialwirtschaft AG auch auf operationelle Risiken (z. B. Betriebsrisiken im EDV-Bereich, fehlerhafte Bearbeitungsvorgänge, Rechtsrisiken, Betrugs- und Diebstahlrisiken, allgemeine Geschäftsrisiken) einstellen. Das innerbetriebliche Überwachungssystem der Bank trägt dazu bei, die operationellen Risiken zu identifizieren und so weit wie möglich zu begrenzen. Versicherbare Gefahrenpotenziale sind durch Versicherungsverträge im banküblichen Umfang abgesichert.

Die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsanforderungen wird durch den Bereich Unternehmenssteuerung überwacht und durch die Abteilung Treasury operativ gesteuert. Es erfolgt eine regelmäßige Planung des Liquiditätsgrundsatzes mit festgelegten internen Untergrenzen. Die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit der Bank erfolgt auf Basis einer integrierten

Liquiditäts- und Finanzplanung. Hierbei werden sowohl vertraglich determinierte als auch geplante bzw. erwartbare Zahlungsströme berücksichtigt. Eine spezielle Konzentration des Liquiditätsrisikos auf eine Teilkategorie (Marktliquidität, Refinanzierung, Abrufisiko) ist bei der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht feststellbar und auch für die Zukunft nicht prognostiziert.

Die dargestellten Risiken werden nach der derzeitigen Einschätzung die künftige Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG nicht wesentlich beeinträchtigen.

Ausblick

Ihre Geschäftsperspektiven schätzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch für die nächsten Jahre als positiv ein. Das Kerngeschäftsfeld Sozial- und Gesundheitswirtschaft gilt aufgrund der demografischen Entwicklung und des damit verbundenen steigenden Bedarfs an Dienstleistungen im Pflege- und Gesundheitssektor als Wachstumsmarkt. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass die finanziellen Rahmenbedingungen für die Akteure der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in den nächsten Jahren schwieriger werden. Insbesondere auf Landes- und kommunaler Ebene spielt dabei die Verschuldung der öffentlichen Haushalte eine wesentliche Rolle.

Bedarf an Krediten wächst weiter

Als Konsequenz daraus wächst der Bedarf an Leistungen des Bank- und Kapitalmarkts, insbesondere an Krediten. Unter anderem durch Veränderungen in der Versorgungsstruktur steigen zudem die Anforderungen an eine Beratungskompetenz, die nicht nur eine bankfachliche Betrachtung, sondern auch die speziellen Aspekte der Finanzierung sozial- und gesundheitswirtschaftlicher Unternehmen einbezieht.

Daher werden die etablierten Analyse-Instrumentarien der Bank für Sozialwirtschaft AG zur differenzierten Einschätzung der wirtschaftlichen Zukunftsfähigkeit von Finanzierungsvorhaben kontinuierlich weiterentwickelt und durch neue Leistungen ergänzt.

Zudem werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bank kontinuierlich über die Veränderungen der gesetzlichen und finanziellen Rahmenbedingungen in den Einzelbranchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft in Kenntnis gesetzt. Mithilfe dieser Instrumente und Maßnahmen soll nicht nur eine risikoadäquate Bepreisung der Kredite vorgenommen werden, sondern es soll durch eine regelmäßige Kommunikation über wesentliche wirtschaftliche Kennziffern des Kunden auch eine langfristig erfolgreiche Geschäftsbeziehung begründet werden. Strategisches Ziel der Bank für Sozialwirtschaft ist ein qualitatives und quantitatives Wachstum.

In Zukunft ist mit einer weiterhin hohen Kreditnachfrage zu rechnen. Auch wird die Sozial- und Gesundheitswirtschaft voraussichtlich verstärkt Instrumente der Unternehmensfinanzierung nutzen, u. a. um das veränderte Finanzierungsverhalten der öffentlichen Hand und der Kostenträger zu kompensieren. Die Bank für Sozialwirtschaft AG verfolgt die Strategie, hier frühzeitig adäquate Angebote zu machen.

**konservative
Anlagestrategien
bleiben interessant**

Im Anlagegeschäft steht weiterhin eine risikoavers orientierte Beratung im Mittelpunkt. Bedingt durch die gemeinnützigkeitsrechtlichen Rahmenbedingungen, die für den überwiegenden Teil der Kunden gelten, sowie durch Anlagerichtlinien, die eine risikoarme Ausrichtung vorgeben, werden konservative Anlagestrategien auch in Zukunft interessant bleiben. Weiteres Wachstumspotenzial sieht die Bank insbesondere im Bereich der Vermögensverwaltung.

Im Zahlungsverkehr setzt die Bank für Sozialwirtschaft AG auch künftig auf innovative Produktentwicklungen, eine schnelle technische Abwicklung sowie kostengünstige Angebote. Hinzu kommt die kontinuierliche Weiterentwicklung der Dienstleistungen speziell für Spendenorganisationen.

Die konsequente strategische Ausrichtung der Bank für Sozialwirtschaft AG bringt es mit sich, dass eine Reihe von internen Maßnahmen kontinuierlich weiterentwickelt, die Ausrichtung aber nicht grundsätzlich verändert wird. Aktuell steht dabei weiterhin eine Optimierung der Geschäftsprozesse durch organisatorische Maßnahmen im Mittelpunkt. Im Berichtsjahr wurde die Umsetzung des im Sommer 2012 gestarteten, bankweiten Projektes „BFS 2015 – Menschen Prozesse Strukturen“ fortgeführt. Dazu wurden zwei Folgeprojekte, „Reorganisation des gesamten Kreditgeschäftes“ und „Kundenbetreuungskonzept“, gestartet. Ziel der Projekte ist es, interne Prozesse und Strukturen insbesondere an den Schnittstellen zwischen Markt und Marktfolge so zu optimieren, dass die Kundenbetreuung weiter gestärkt wird. Der Zeithorizont für die Umsetzung läuft bis zum Ende des Jahres 2016.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung muss sich auch die Bank für Sozialwirtschaft AG dem zunehmenden Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen. Das im November 2013 gestartete webbasierte Recruitingsystem zur Vereinfachung des Bewerbungsverfahrens hat sich zwischenzeitlich bewährt und zusammen mit anderen Maßnahmen entscheidend dazu beigetragen, dass sich die Bank für Sozialwirtschaft AG als moderne und zukunftsorientierte Arbeitgeberin im Bewerbermarkt positionieren konnte. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht bei uns an erster Stelle und prägt unsere Wahrnehmung als familienfreundliche Arbeitgeberin. Dies stellen verschiedene Teilzeitmodelle, flexible Arbeitszeiten sowie die Freistellung in familiären Ausnahmesituationen unter Beweis. Diesen attraktiven Eindruck gilt es im Bewerbermarkt stetig auszubauen.

Im Hinblick auf die regulatorischen Anforderungen durch Basel III/CRD IV werden für die Bank für Sozialwirtschaft AG auf der Basis der Bilanzplanung Hochrechnungen durchgeführt. Diese ergeben, dass die Eigenkapitalausstattung der Bank in den nächsten Jahren auch unter Berücksichtigung der verschärften Regelungen ausreichend sein wird. Die Bank ist bestrebt, ihre Kreditvergabebedingungen trotz der zu erwartenden höheren Eigenkapital- und Risikokosten möglichst nicht zu verschärfen.

**kontinuierliche
Entwicklung
auf hohem Niveau**

Diese Entwicklungen lassen für die Ertrags-, Finanz- und Liquiditätslage der Bank in den nächsten beiden Geschäftsjahren eine kontinuierliche Entwicklung auf hohem Niveau erwarten. Der Zinsüberschuss wird wesentlich durch die voraussichtlich positive Entwicklung im Kundengeschäft und der Situation an den Kapitalmärkten bestimmt. Für den Verwaltungsaufwand wird in diesem Zeitraum mit einer moderaten Steigerung gerechnet.

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten sind, gab es nicht.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Perspektiven und Maßnahmen sowie interner Hochrechnungen geht die Bank für Sozialwirtschaft AG für das laufende und das darauf folgende Geschäftsjahr von einer weiterhin überdurchschnittlichen Entwicklung aus.

Berlin und Köln, 6. März 2015

Bank für Sozialwirtschaft AG

Prof. Dr. Harald Schmitz Thomas Kahleis Oliver Luckner

Bericht des Vorstandes

Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Die kontinuierliche Ausweitung des Geschäftsvolumens und die damit verbundenen Aufgaben zeigen sich in der gestiegenen Mitarbeiterzahl. Zum Jahresende waren 397 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, was einem Anstieg von 16 gegenüber dem Vorjahr entspricht. Auch im laufenden Geschäftsjahr werden wir das geschäftliche Wachstum mit weiteren Neueinstellungen unterstützen.

geringe Fluktuation

Diese Steigerung sowie die gleichbleibend geringe Mitarbeiterfluktuation zeigen, dass wir als attraktiver, zukunftsorientierter Arbeitgeber wahrgenommen werden. Durch die Gestaltung wettbewerbsfähiger Konditionen und das ansprechende und motivierende Arbeitsumfeld gelingt es uns, auch bei zunehmendem Arbeitgeber-Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte das Interesse neuer Mitarbeiter/-innen für unser Haus zu generieren.

Der Verdrängungswettbewerb um die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird zunehmend stärker. Die Kunst, sich bei den relevanten Zielgruppen als Arbeitgeber mit Zukunft zu profilieren, gewinnt deshalb immer mehr an Bedeutung. Über gezieltes Personalmarketing wollen wir unsere Arbeitgeberreputation weiter erhöhen und uns dadurch von anderen aktiv differenzieren.

hohe Betriebstreue

Die Zufriedenheit unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und die Konstanz unserer Personalarbeit spiegeln sich in der traditionell hohen Betriebstreue wider. Daran hat sich auch im Berichtsjahr nichts geändert. So konnten im Geschäftsjahr 2014 zahlreiche 10- und 25-jährige Betriebsjubiläen begangen werden. Diese personelle Stabilität ist einerseits wichtig für die Kontinuität der Entwicklung des Unternehmens und andererseits von immenser Bedeutung für den Aufbau langjähriger, erfolgreicher Kundenbeziehungen.

Zielgerichtete Personalentwicklung

Die Kompetenzen und Fähigkeiten sowie die Kreativität unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind Grundlage unseres geschäftlichen Erfolges.

Auf der Basis von jährlichen Mitarbeitergesprächen werden die individuellen Qualifizierungsbedarfe ermittelt und geeignete Maßnahmen zur Kompetenzentwicklung vereinbart. Wie in den Jahren zuvor haben wir daher auch im Jahr 2014 hohe Investitionen in die arbeitsplatzbezogene und persönliche Weiterentwicklung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter getätigt. Um dem Bedarf der jeweiligen Mitarbeiter gerecht zu werden, setzen wir sowohl standardisierte als auch individualisierte Trainings ein.

Die speziellen Anforderungen unseres Klientels fordern unseren Mitarbeitenden detaillierte Kenntnisse des Marktsegmentes ab. Dabei spielen nicht nur finanzwirtschaftliche Aspekte eine Rolle. Die

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen auch vor der Herausforderung, betriebswirtschaftliche Notwendigkeiten, gesetzliche Rahmenbedingungen, satzungsbedingte Vorgaben, ethische und moralische Grundsätze sowie demografische Prozesse analytisch zu verknüpfen, um daraus unseren Kunden passgenaue Anlage- und Finanzierungsmodelle zu empfehlen.

Daher beinhaltet unser Personalentwicklungskonzept regelmäßige Schulungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu den Leistungs- und Finanzierungsstrukturen in den verschiedenen Branchen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft im Rahmen interner Seminare.

Gleichmaßen stellen wir internen Aufstieg über den externen Einstieg. Dabei identifizieren wir die in unserem Haus vorhandenen Potenziale für weiterführende Managementaufgaben und sichern damit eine Entwicklung von Führungskräften aus eigenen Reihen. Ein wichtiges Fundament ist hierbei das Assessment Center, welches wir seit Anfang 2014 erfolgreich zur Besetzung von Führungspositionen einsetzen.

Ausbildung als Zukunftskapital

Der demografische Wandel führt dazu, dass es zunehmend schwieriger wird, Arbeitsplätze in den Unternehmen mit den hierfür qualifizierten Mitarbeitern zu besetzen. Fachkräftemangel und Qualifikationsengpässe in der betrieblichen Praxis sind schon heute sichtbare Zeichen dieser Entwicklung. Die Berufsausbildung ist daher ein wichtiges Instrument, um Nachwuchstalente zu gewinnen.

Zielgerichtete Personalmarketingmaßnahmen sollen auch hier dafür sorgen, dass die Bank auch in Zukunft von der relevanten Zielgruppe als kompetenter Ausbildungsbetrieb wahrgenommen wird.

Förderung des eigenen Nachwuchses

Aus diesem Grund legen wir auf die Förderung des eigenen Nachwuchses in unserem Hause traditionell besonderen Wert. Es ist unser Ziel, jungen interessierten Menschen eine qualifizierte sowie nachhaltige Ausbildung zu ermöglichen. Im Mittelpunkt steht eine praxisnahe Ausbildung in den verschiedenen Bereichen unserer Bank. Zum Ende des Geschäftsjahres 2014 befanden sich daher insgesamt elf Auszubildende in dem Berufsbild Bankkaufmann/-frau in der Ausbildung. Die meisten Auszubildenden bleiben nach Abschluss ihrer Ausbildung als Nachwuchskräfte in unserem Unternehmen. Dabei ist uns daran gelegen, gemeinsam langfristige Perspektiven zu gestalten.

Außerdem ermöglichen wir berufsbegleitende Studiengänge durch eine finanzielle Studienförderung. Zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen die Möglichkeit, sich in volks- und betriebswirtschaftlichen sowie juristischen Studiengängen nebenberuflich fortzubilden. Die Studienkosten werden von der Bank übernommen und können durch eine entsprechende Betriebszugehörigkeit nach Studienabschluss abgegolten werden. Hierdurch wird der Wissenstransfer aus dem Hochschulbereich in die Bank für Sozialwirtschaft AG gewährleistet.

Work Life Balance

Gemeinsam erarbeiten wir Arbeitsbedingungen und -zeitmodelle, die die individuellen Bedürfnisse des Einzelnen berücksichtigen. Es ist uns ein besonderes Anliegen, für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Elternzeit Möglichkeiten zu bieten, Familie und Beruf in Einklang zu bringen. Dadurch bedingt nehmen mit zunehmender Tendenz auch bei uns beschäftigte Väter Elternzeit in Anspruch.

Angebote während der Elternzeit

So bietet die Bank Beschäftigten bereits während ihrer Elternzeit die Möglichkeit, in Teilzeit zu arbeiten oder Aushilfs- und Vertretungstätigkeiten zu übernehmen. Die zeitlich begrenzte Übernahme einer Teilzeitstelle gibt den Mitarbeitern die Chance, sich während besonders betreuungsintensiver Phasen auf Familienaufgaben zu konzentrieren. Dies bedeutet für die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die Möglichkeit, ihren individuellen Qualifikationsstand zu erhalten, zu vertiefen und weiter auszubauen. Ferner bleibt die soziale Verflechtung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter untereinander erhalten, die die Wiedereingliederung in den Kollegenkreis auch nach einer längeren Freistellung unterstützt.

Soweit es die betrieblichen Rahmenbedingungen ermöglichen, werden sämtliche Wünsche nach Teilzeitarbeitsplätzen realisiert, was durch diverse Möglichkeiten flexibler Arbeitszeiteinteilung unterstützt wird. Dass diese Angebote genutzt werden, zeigt die hohe Anzahl von Teilzeitarbeitskräften (2014: 49 Mitarbeiter).

In diesem Zusammenhang bewährt sich schon seit einigen Jahren das Vertrauensarbeitszeitmodell. Es bietet den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die flexible Handhabung des Arbeitsaufkommens und stets die Gewissheit, dass Mehrarbeit durch Freizeitausgleich eine gerechte Balance findet. Der Bank ermöglicht dieses System den Vorteil, dass die Arbeitskraft des Personals in angemessener Auslastung eingesetzt werden kann.

Darüber hinaus bieten wir weiterhin die Möglichkeit zu einem gleitenden Übergang in den Ruhestand. Die Absprache der Arbeitszeit erfolgt in Abhängigkeit von betriebsspezifischen Notwendigkeiten und den individuellen Wünschen des Arbeitnehmers. Mitarbeiter im rentenfähigen Alter erhalten hierdurch die Möglichkeit – nach verschiedenen Modellen – die Arbeitszeit zu reduzieren. Hierdurch entstehen Freiräume, die je nach Einzelbedarf genutzt werden können.

Dank an unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das gezeigte Engagement, die hohe Leistungsbereitschaft und Professionalität.

Mit Stolz und Respekt blicken wir auf die erfolgreiche Arbeit im vergangenen Geschäftsjahr 2014 zurück. Wir sind überzeugt, dass wir die Bank mit dem Können, der Begeisterung und der Energie unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in eine erfolgreiche Zukunft führen werden.



Bericht des Vorstandes

Entwicklungen der verbundenen Unternehmen

BFS Service GmbH

Die BFS Service GmbH hat das Geschäftsjahr 2014 erneut mit dem besten Ergebnis in ihrer Firmengeschichte abgeschlossen. Zum achten Mal in Folge konnte sie Wachstum und Gewinn steigern. Die Zinserträge erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 890 TEUR auf 10,3 Mio. EUR (Vorjahr: 9,4 Mio. EUR). Den Zinsüberschuss konnte sie um 13 % von 5,9 Mio. EUR auf 6,6 Mio. EUR steigern. Das Betriebsergebnis lag mit 5,1 Mio. EUR um rund 15 % über dem Vorjahresergebnis (2013: 4,5 Mio. EUR). Im Geschäftsjahr 2014 wurden insgesamt Forderungen in Höhe von rund 1,2 Mrd. EUR (Vorjahr: 1,1 Mrd. EUR) angekauft.

passgenaue Finanzierungs- lösungen

Die überdurchschnittlichen Zuwachsraten sind auf die innovativen Factoringverfahren der BFS Service GmbH, die je nach Leistungserbringergruppe passgenaue Finanzierungslösungen darstellen, sowie auf eine hohe Kundenzufriedenheit zurückzuführen.

Online-Factoring

Die Vorfinanzierung von Forderungen durch Online-Factoring ist das Hauptgeschäftsfeld der BFS Service GmbH. Im Rahmen von unechtem Factoring kauft sie auf Rechnung und im Namen der Bank für Sozialwirtschaft AG Forderungen von Kunden aus der Sozial- und Gesundheitswirtschaft an.

Diese umsatzkongruente Finanzierungsform wird auch weiterhin in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft an Bedeutung gewinnen. Insbesondere in Wachstumsphasen von Unternehmen stellt sie eine unkomplizierte und schnelle Finanzierungsform für viele Kunden dar. Ferner ist die BFS Service GmbH durch ein flexibles Factoring-Paket, das auf die Einzelbranchen des Sozial- und Gesundheitswesens (ambulante Pflegedienste, Rettungsdienste, Altenheime, Krankenhäuser, Reha-Kliniken etc.) zugeschnitten ist, im Markt sehr gut positioniert.

Im Geschäftsjahr 2014 entfiel ein Ankaufovolumen von 602 Mio. EUR auf ambulante Pflegedienste (Vorjahr: 506 Mio. EUR) und von 482 Mio. EUR auf Krankenhäuser und Reha-Kliniken (Vorjahr: 401 Mio. EUR).

Das Finanzierungsangebot „Ausschnittsfactoring“, das sich vorwiegend an Krankenhäuser und Reha-Kliniken richtet, konnte auch im letzten Jahr überdurchschnittlich zulegen. Bei diesem Angebot werden nicht alle Forderungen gegenüber Leistungsträgern verkauft, sondern nur Rechnungen ausgewählter Debitoren. Im Vorfeld legen dazu der Kunde und die BFS Service GmbH gemeinsam eine Debitorengruppe (Ausschnitt) für das Factoring fest. Innerhalb der Vertragslaufzeit kann der Kunde je nach Liquiditätsbedarf den Ausschnitt vergrößern bzw. reduzieren. Diese hohe Flexibilität, die durch eine kurzfristige Debitorenauswahl gewährleistet wird, hat zu einer hohen Attraktivität des Angebotes geführt.

factomat®

**„factomat“
bewährt sich**

Das Angebot der BFS Service GmbH für sonstige Leistungserbringer aus dem Gesundheitswesen verfolgt eine Lean-Factoring-Philosophie und positioniert sich als integrativer Finanzierungsbestandteil bei der Rezeptabrechnung gegenüber Krankenkassen. Ähnlich wie bei Direktbanken laufen nahezu alle Geschäftsprozesse internetgestützt und vom Kunden initiiert automatisch ab. Auch mit diesem Angebot kann die BFS Service GmbH auf einen erfolgreichen Verlauf 2014 zurückblicken. Den seit dem Frühjahr 2012 verfügbaren „factomat®“ nutzen inzwischen rund 280 Kunden.

BFS Abrechnungs GmbH

Komplette Abrechnungsleistungen bietet die BFS Service GmbH seit 2010 im Rahmen ihrer Beteiligung an der BFS Abrechnungs GmbH an. Die Dienstleistungen der BFS Abrechnungs GmbH richten sich an Pflegedienste und Sozialstationen mit und ohne Vorfinanzierungsbedarf, die über ein Abrechnungszentrum abrechnen wollen. Der Umsatz der BFS Abrechnungs GmbH 2014 betrug 5,9 Mio. EUR (Vorjahr: 4,5 Mio. EUR); das vorläufige Betriebsergebnis 2014 liegt bei 2,5 Mio. EUR (Vorjahr: 1,8 Mio. EUR). Dies entspricht einer Steigerung des Betriebsergebnisses im Vergleich zum Vorjahr um rund 40 %.

Die BFS Abrechnungs GmbH ist der einzige reine Pflegespezialist unter den Abrechnungsdienstleistern. Diese Spezialisierung und dass viele Mitarbeitende direkt aus der Pflege mit der entsprechenden Expertise kommen, hat zu einer hohen Dienstleistungsqualität und zu einem stetigen Wachstum geführt. Das Ankaufsvolumen konnte im Geschäftsjahr 2014 auf 305 Mio. EUR (Vorjahr: 230 Mio. EUR) gesteigert werden.

**volle Integration
innerhalb einer
Branchenlösung**

Um dieses Ankaufsvolumen zu erreichen, mussten im letzten Jahr rund 663.000 Rechnungen von der BFS Abrechnungs GmbH erstellt werden. Im gesamten Geschäftsjahr waren dafür rund 1,9 Mio. Buchungen durchzuführen. Zum Leistungsspektrum gehören unter anderem die Rechnungstellung, das Clearing mit den Kassen, das Mahnwesen und die Überweisung aller ausstehenden Forderungen auf Wunsch bereits nach drei Arbeitstagen. Das Angebot kommt dem Bedarf vieler Kunden entgegen, angesichts wachsender Anforderungen seitens der Kostenträger Abrechnungsleistungen an externe Dienstleister auszulagern und zugleich ihre Liquiditätssituation zu verbessern. Außergewöhnlich im Markt der ambulanten Pflege ist die volle Integration der externen Abrechnungsdienstleistung innerhalb einer Branchenlösung.

Die BFS Service GmbH erwartet auch für die nächsten Jahre, dass mit der zunehmenden Nachfrage nach Abrechnungsdienstleistungen ein nachhaltiges Wachstum der BFS Abrechnungs GmbH einhergehen wird.

Fortbildung

Als innovativer Anbieter von Ein- bis Zweitagesseminaren zu aktuellen betriebswirtschaftlichen und juristischen Fragestellungen der Sozial- und Gesundheitswirtschaft kann die BFS Service GmbH seit vielen Jahren mit einer guten Positionierung am Markt arbeiten. Im Berichtsjahr wurden insbesondere die Seminare zu den Themen „Der beste ambulante Pflegedienst“, „Ambulant betreute Wohngemeinschaften“, „Kostenrechnung für ambulante Pflegedienste“, „Finanz- und Liquiditätsplanung in sozialwirtschaftlichen Einrichtungen“ und „Führung heute – ein Check-up für Führungskräfte“ sehr gut angenommen. Die BFS Managementwoche, ein Intensivlehrgang für Führungskräfte der Sozialwirtschaft, der zweimal jährlich in Berlin durchgeführt wird, wurde ebenfalls sehr stark nachgefragt. Die meisten Seminarteilnehmenden waren erneut an den Standorten Köln und Berlin zu verzeichnen.

Ziel der BFS Service GmbH in diesem Geschäftsbereich ist es, stets frühzeitig zukunftsweisende Seminarthemen anzubieten, die die aktuellen Herausforderungen für Führungskräfte in der Sozialwirtschaft aufgreifen. Darin wird sie durch ein Netzwerk von internen und externen Experten unterstützt, die die Entwicklungen in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft verfolgen.

Betriebsvergleiche

aussagekräftiges datengestütztes Benchmarking

Zum Angebot der BFS Service GmbH gehören außerdem jährliche Betriebsvergleiche für die ambulante und die stationäre Altenhilfe. Sie bieten ein rein datengestütztes Benchmarking, das durch den persönlichen Austausch der Teilnehmer in Benchmarking-Kreisen ergänzt wird. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass die Betriebsvergleiche dem Management Hinweise auf Verbesserungspotenziale geben und Veränderungsprozesse in den Einrichtungen anstoßen. Die Betriebsvergleiche haben inzwischen zahlreiche langjährige Nutzer, die den regelmäßigen Überblick über aussagekräftige Daten ihres Unternehmens zu schätzen gelernt haben.

Ausblick

Kontinuierlich konnte die BFS Service GmbH in den vergangenen acht Jahren ihren Zinsüberschuss erheblich steigern. Sie geht nun erstmals davon aus, dass sich dieser auf diesem hohen Niveau stabilisieren bzw. leicht rückläufig entwickeln wird. Dafür sind externe Einflussparameter verantwortlich, beispielsweise das extrem niedrige Zinsniveau sowie der zunehmende Wettbewerb und der erhebliche Margendruck. Die BFS Service GmbH erwartet zwar weiterhin eine steigende Anzahl an Kunden und somit auch eine Ausweitung der Geschäftsvolumina, jedoch dürfte eine Kompensierung der externen Einflussfaktoren durch Kundenzuwächse in den unterschiedlichen Geschäftsfeldern eine sehr große Herausforderung darstellen. Daher kommt es künftig besonders darauf an, die Stellung im Markt als Qualitäts- und Innovationsführer auszubauen, um auch in Zukunft als attraktiver Geschäftspartner wahrgenommen zu werden.

Die BFS Service GmbH rechnet für 2015 mit einem Betriebsergebnis von rund 5 Mio. EUR und für das Folgejahr 2016 mit einem Anstieg von rund 5 % des Betriebsergebnisses aufgrund eines höheren Geschäftsvolumens.

IS Immobilien-Service GmbH

Die IS Immobilien-Service GmbH hat im Geschäftsjahr 2014 ihre positive Geschäftsentwicklung fortgesetzt. Aufgrund der anhaltend hohen Nachfrage nach den Analysen, Gutachten und Beratungstätigkeiten ist der Umsatz mit 2.357 TEUR gegenüber dem Vorjahr auf hohem Niveau annähernd gleich geblieben (Vorjahr: 2.382 TEUR).

Der Gewinn, den die IS Immobilien-Service GmbH im Geschäftsjahr 2014 als Tochterunternehmen und Dienstleister der Bank für Sozialwirtschaft AG an ihre Muttergesellschaft abführte, belief sich auf 920 TEUR (Jahresüberschuss 2013: 970 TEUR).

Tendenz zu Verbundprojekten in der Pflege

Im Geschäftsjahr 2014 war das Interesse an langfristigen Finanzierungen von Sozialimmobilien weiterhin hoch. Bei der Ausgestaltung der Pflegedienstleistungen verzeichnete die IS Immobilien-Service GmbH eine Tendenz hin zu mehr Verbundprojekten. Verknüpfte Angebote, die neben der stationären Pflege auch ambulante Dienste und Betreutes Wohnen in einer Immobilie umfassen, sind 2014 stärker in den Vordergrund gerückt. Bei diesen neuen Versorgungsformen ist eine zuverlässige Analyse und Bewertung der Zukunftsfähigkeit der Investitionsvorhaben, die den Schwerpunkt der Arbeit der IS Immobilien-Service GmbH ausmachten, besonders gefragt. Darüber hinaus prüfte das Unternehmen vor dem Hintergrund einer geringer werdenden Zahl von Neubaumaßnahmen zunehmend Sanierungsvorhaben und Umfinanzierungen bestehender Einrichtungen auf ihre Zukunftsfähigkeit.

Standort- und Wettbewerbsanalysen

Durch das Erste Pflegestärkungsgesetz (PSG I), das zum 1. Januar 2015 in Kraft getreten ist, wird der Ausbau des ambulanten Sektors der Altenhilfe nochmals stärker gefördert. Die Gesetzesänderung im Rahmen der Pflegeversicherung trägt dazu bei, dass von einem weiteren Wachstum des Marktes für Ambulant Betreute Wohngemeinschaften auszugehen ist. Um die zunehmende Zahl von Finanzierungsanfragen in diesem Segment bewerten und Finanzierungsentscheidungen auf einer zuverlässigen Basis treffen zu können, hat die IS Immobilien-Service GmbH im Geschäftsjahr 2015 ein neues Produkt zur Analyse Ambulant Betreuter Wohngemeinschaften eingeführt. Der sogenannte „Quick Check“ zur schnellen Einschätzung von Investitionsvorhaben für die Geschäftsstellen der Bank für Sozialwirtschaft AG wurde nun auch für dieses Marktsegment etabliert.

Für stationäre Pflegeheime führte die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr 156 Standort- und Wettbewerbsanalysen durch, davon 97 detaillierte Analysen für Kunden der Bank für Sozialwirtschaft AG und 59 „Quick Checks“. Unverändert wurden in diesem Dienstleistungssegment auch wieder

zahlreiche externe Aufträge unabhängig von einem konkreten Finanzierungsvorhaben der BFS bearbeitet.

Beleihungswertgutachten

Der Geschäftsbereich der Beleihungswertgutachten bewegte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr.

Es wurden 215 Gutachten (Vorjahr: 208 Gutachten) erstellt und hieraus ein Ergebnisbeitrag von 339 TEUR (Vorjahr: 327 TEUR) generiert.

Neben dem traditionellen Schwerpunkt der Pflegeimmobilien wurden wiederum Gutachten zu Immobilienfinanzierungen im sonstigen Gesundheitswesen (z. B. MVZ, Ärztehäuser, Gesundheitszentren) nachgefragt. Dies steht in einem engen Zusammenhang mit den strategischen Zielsetzungen im Kreditgeschäft der Bank für Sozialwirtschaft AG, die seit einigen Jahren verstärkt Unternehmen aus der Gesundheitswirtschaft akquiriert, um ihr Kreditportfolio zu diversifizieren.

neue IT-Basis für die interne Wertermittlung

Im Geschäftsjahr 2014 wurden die inhaltlichen Voraussetzungen für einen Release-Wechsel der Software für die Erstellung der Beleihungswertgutachten im laufenden Geschäftsjahr erbracht. Die künftige Version soll zusätzlich eine neue IT-Basis auch für die von den Mitarbeitern in den Geschäftsstellen der BFS genutzte interne Wertermittlung bieten. Damit soll die Systematik der internen Wertermittlung von Sozialimmobilien weiter an die Beleihungswertgutachten angeglichen werden, um nachträgliche Wertabweichungen zu minimieren.

IS Calculator

Die IS Immobilien-Service GmbH geht davon aus, dass sich die Investitionstätigkeit in der stationären Pflege in den nächsten Jahren verstärkt vom Neubau in den Bestand verlagern wird. Für den daraus resultierenden Bedarf einer fundierten Planung von Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen wurde der „IS Calculator“ als Kostenkalkulationsinstrument entwickelt.

Der „IS Calculator“ durchlief 2014 sein erstes volles Geschäftsjahr. Er ermöglicht es Eignern von Bestandsimmobilien, Sanierungsnotwendigkeiten zu erfassen und zu strukturieren, zeigt das erforderliche Investitionsvolumen an und überträgt es in einen konkreten Finanzierungsplan. Damit kann der Eigentümer der Immobilie auch die tatsächlich umsetzbaren Varianten herausarbeiten. Voraussetzung für eine optimale Nutzung des Instruments ist eine intensive Auseinandersetzung mit den Bestands- und Planungsdaten unter Einbeziehung des organisationsinternen Know-hows.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat die IS Immobilien-Service GmbH das Feedback der Kunden aufgegriffen und den „IS Calculator“ noch stärker an die Bedürfnisse der Nutzer angepasst. Das Handling wurde anwenderfreundlicher gestaltet und das Preismodell auf die tatsächliche Nutzung

des Instruments in der Praxis ausgerichtet. Anstelle eines Festpreises pro Auswertung wurde ein Festpreis pro Objekt eingeführt.

BFS Mezzanine Fonds

Wie in den Vorjahren führte die IS Immobilien-Service GmbH im Berichtsjahr zudem die Geschäfte der beiden BFS Mezzanine Fonds. Die Engagements in den Portfolios der Fonds entwickeln sich so, dass den Investoren die im Prospekt avisierten Renditen regelmäßig gezahlt werden können.

Zum 31. Dezember 2014 endete die Laufzeit des BFS Mezzanine Fonds I. Er wird im ersten Halbjahr 2015 planmäßig abgewickelt. Der BFS Mezzanine Fonds II läuft noch bis zum 31. Dezember 2017. Zum aktuellen Zeitpunkt prüft die IS Immobilien-Service GmbH die Auflegung eines weiteren Mezzanine Fonds neben dem bestehenden BFS Mezzanine Fonds II.

Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft

neues Kompetenzzentrum Gesundheits- wirtschaft

Zum 1. Januar 2014 hat die IS Immobilien-Service GmbH ein „Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft“ gegründet, das die Bank für Sozialwirtschaft AG durch Wissenstransfer und Dienstleistungen dabei unterstützt, ihren Marktanteil in der Gesundheitswirtschaft auszubauen. Im Geschäftsjahr 2014 wurden die Leistungsbereiche und Inhalte der Analyse-Dienstleistungen definiert und der Abstimmungsprozess mit der Bank im Hinblick auf den Kreditprozess abgeschlossen. Mit Hilfe von zusätzlichem Personal konnte das „Kompetenzzentrum Gesundheitswirtschaft“ Ende 2014 in die Umsetzungsphase eintreten.

Ausblick

Für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 erwartet die IS Immobilien-Service GmbH eine Fortsetzung der dynamischen Entwicklung ihrer Geschäfte und des Marktumfelds. Insbesondere im Bereich der Ambulant Betreuten Wohngemeinschaften geht das Unternehmen von einer steigenden Auftragslage aus. Um die Nachfrage optimal bedienen zu können, wird sowohl das Team der Standort- und Wettbewerbsanalyse als auch das Gutachterteam im laufenden Geschäftsjahr personell verstärkt.

Darüber hinaus wird 2015 das Bedarfsermittlungsmodell der Standort- und Wettbewerbsanalyse im Bereich des Betreuten Wohnens überarbeitet, um auch hier den Know-how-Vorsprung gegenüber den Mitbietern zu halten und weiter auszubauen.

Bericht des Aufsichtsrates

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich während des gesamten Geschäftsjahres in regelmäßigen Sitzungen und durch schriftliche Berichte des Vorstandes umfassend über die Lage und Entwicklung der Bank für Sozialwirtschaft AG sowie über alle wichtigen Geschäftsentwicklungen und Geschehnisse informieren lassen und sich mit wesentlichen Fragestellungen der Bank intensiv auseinandergesetzt.

Schwerpunkte der Arbeit des Aufsichtsrates waren unter anderem

- die Geschäfts- und Risikostrategie sowie die darauf aufbauenden Teilstrategien,
- grundsätzliche Fragen der Unternehmensführung,
- die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung einschließlich der Planung für das laufende sowie die folgenden Geschäftsjahre bis 2019,
- das Risikomanagement der Bank,
- aufsichtsrechtliche Entwicklungen, ihre Folgen sowie ihre Einhaltung durch die Bank sowie
- aktuelle Themen (z. B. die SEPA-Einführung).

Im Verlauf des Geschäftsjahres 2014 wurde das Reporting zur Ertrags- und Risikolage des Vorstandes gegenüber dem Aufsichtsrat verfeinert. Der Aufsichtsrat erhält rechtzeitig vor seinen Sitzungen quartalsweise Berichte zur Geschäftsentwicklung und zur Risikolage der Bank.

Auf dieser Basis hat der Aufsichtsrat die Führung der Geschäfte der Bank kontinuierlich überwacht und die sich daraus ergebenden geschäftspolitischen Entscheidungen gemeinsam mit dem Vorstand beraten. Zu einigen Themenkomplexen wurde ergänzend externe Expertise eingeholt.

Seine gesetzlichen und satzungsmäßigen Aufgaben hat der Aufsichtsrat wahrgenommen. Über Kredite, die nach dem Gesetz über das Kreditwesen zustimmungspflichtig sind, hat der Risikoausschuss des Aufsichtsrates nach Prüfung und Abstimmung mit dem Vorstand entschieden.

Neben der Erörterung der geschäftlichen Entwicklung und der Risikolage hat der Aufsichtsrat die Berichte der Internen Revision und des Bereiches Compliance & Fraud für das Jahr 2014 zur Kenntnis genommen.

Den Vorgaben des KWG entsprechend hat der Aufsichtsrat im Januar 2014 mit der Arbeit der neu gebildeten Prüfungs-, Risiko- sowie Nominierungs- und Vergütungskontrollausschüsse begonnen. Während der Prüfungsausschuss sich intensiv mit dem Prüfungsbericht der Wirtschaftsprüfer und den Prüfungsschwerpunkten auseinandergesetzt hat, stand im Mittelpunkt der Arbeit des Risikoausschusses die Beschäftigung mit den weiteren Veränderungen aufsichtsrechtlicher Rahmenbedingungen und ihren Konsequenzen für die Bank, mit der Geschäfts- und Risikostrategie sowie mit den einzelnen Risikoarten. Der Nominierungs- und Vergütungskontrollausschuss legte im Berichtsjahr den Schwerpunkt seiner Arbeit auf das Vergütungssystem der Bank.

Die Protokolle aller Ausschusssitzungen wurden jeweils dem gesamten Aufsichtsrat zur Verfügung gestellt. Zudem informierten die Ausschussvorsitzenden regelmäßig und ausführlich alle Mitglieder des Aufsichtsrates über die Inhalte der Ausschusssitzungen.

Darüber hinaus wurde ein Schulungskonzept verabschiedet, dass in einem allgemeinen Teil auf den rechtlichen Rahmen und die daraus abzuleitenden Aufgaben des Aufsichtsrates eingeht und in einem besonderen Teil in mehreren Modulen die für die Bank konkrete Umsetzung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen erläutert. Die Schulungsmaßnahmen haben in 2014 begonnen und werden sich über die Jahre 2015 und 2016 erstrecken.

Turnusgemäß wechselte 2014 der Vorsitz im Aufsichtsrat. Am 3. Juni 2014 übergab Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch, Wirtschaftsprüfer/Steuerberater, Warth & Klein Grant Thornton AG, Dresden, den Aufsichtsratsvorsitz an Dr. Matthias Berger, Wirtschaftsprüfer, Waldshut-Tiengen. Neue stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende wurde Martina Arends, Mitglied des Vorstandes des AWO-Bundesverbandes e. V., Berlin. Sie löste Wolfgang Altenbernd ab, Geschäftsführer der Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V., Dortmund.

Zum gleichen Zeitpunkt schied Johannes Stockmeier aus dem Aufsichtsrat aus. Die Hauptversammlung wählte seinen Nachfolger Ulrich Lilie, der seit dem 1. Juli 2014 Präsident der Diakonie Deutschland ist, in das Gremium. Der Aufsichtsrat dankt Herrn Stockmeier für die aktive und konstruktive Zusammenarbeit.

Die Aufsichtsratssitzung am 3. Juni 2014 war zugleich die letzte Sitzung des langjährigen Vorstandes der Bank für Sozialwirtschaft AG, Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt (Vorsitzender des Vorstandes) und Dietmar Krüger (Mitglied des Vorstandes). Der Aufsichtsrat dankte den ausscheidenden Vorständen für die langjährige sehr erfolgreiche Führung der Bank, unter der in den letzten 17 Jahren weit überdurchschnittliche Wachstumsraten und eine hervorragende Positionierung als Spezialkreditinstitut in der Sozial- und Gesundheitswirtschaft erreicht wurden. Zudem würdigte er die gute Vorbereitung auf die Übergabe der Geschäfte der Bank auf den neuen Vorstand am 1. Juli 2014.

Der Vorstandswechsel war Anlass dafür, Bestehendes zu überdenken und die Grundlagen für den künftigen Erfolg zu sichern.

So wurde die Geschäfts- und Risikostrategie der Bank überarbeitet, konkretisiert und durch Teilstrategien ergänzt. Auch wurde die Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat und den Vorstand den neuen Gegebenheiten angepasst. Für die Unternehmensbewertung der Bank wurde eine neue Wirtschaftsprüfungsgesellschaft bestimmt; zudem wird der Aufsichtsrat auf der Hauptversammlung 2015 für die Prüfung des Jahresabschlusses 2015 die Beauftragung einer anderen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft vorschlagen, um der Anforderung eines turnusgemäßen Wechsels des Wirtschaftsprüfers zu entsprechen.

Vor dem Hintergrund des sich verändernden Marktumfeldes, erhöhter regulatorischer Anforderungen und der daraus resultierenden Überarbeitung der Planung wurde im 2. Halbjahr 2014 eine Aktualisierung der Unternehmensbewertung der Bank beauftragt, der eine in Teilen modifizierte Bewertungssystematik zugrunde liegt. Der Aufsichtsrat hat sich intensiv mit den Parametern, Gewichtungen und Annahmen befasst, die zu dieser Modifizierung und der damit verbundenen Adjustierung des Unternehmenswertes geführt haben.

Der Jahresabschluss 2014 wurde von der durch die ordentliche Hauptversammlung 2014 zum Abschlussprüfer gewählte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG, Frankfurt, geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Der Aufsichtsrat hat den Jahresabschluss, den Lagebericht und den Vorschlag des Vorstandes zur Verwendung des Bilanzgewinns geprüft. Er hat sich das Ergebnis der Abschlussprüfungen der Bank und ihrer Tochtergesellschaften sowie den Bericht über die Prüfung der Wertpapierdienstleistungsgeschäfte und der Depotprüfung für das Jahr 2014 ausführlich erläutern lassen. Die Berichte wurden ohne Beanstandung zur Kenntnis genommen. Der Aufsichtsrat billigt den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss.

Der Aufsichtsrat dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bank und ihrer Tochtergesellschaften für ihr Engagement und ihren Erfolg im Geschäftsjahr 2014. Ebenso dankt er den Mitgliedern des Zentralbeirates für ihre aktive Unterstützung der Bank.

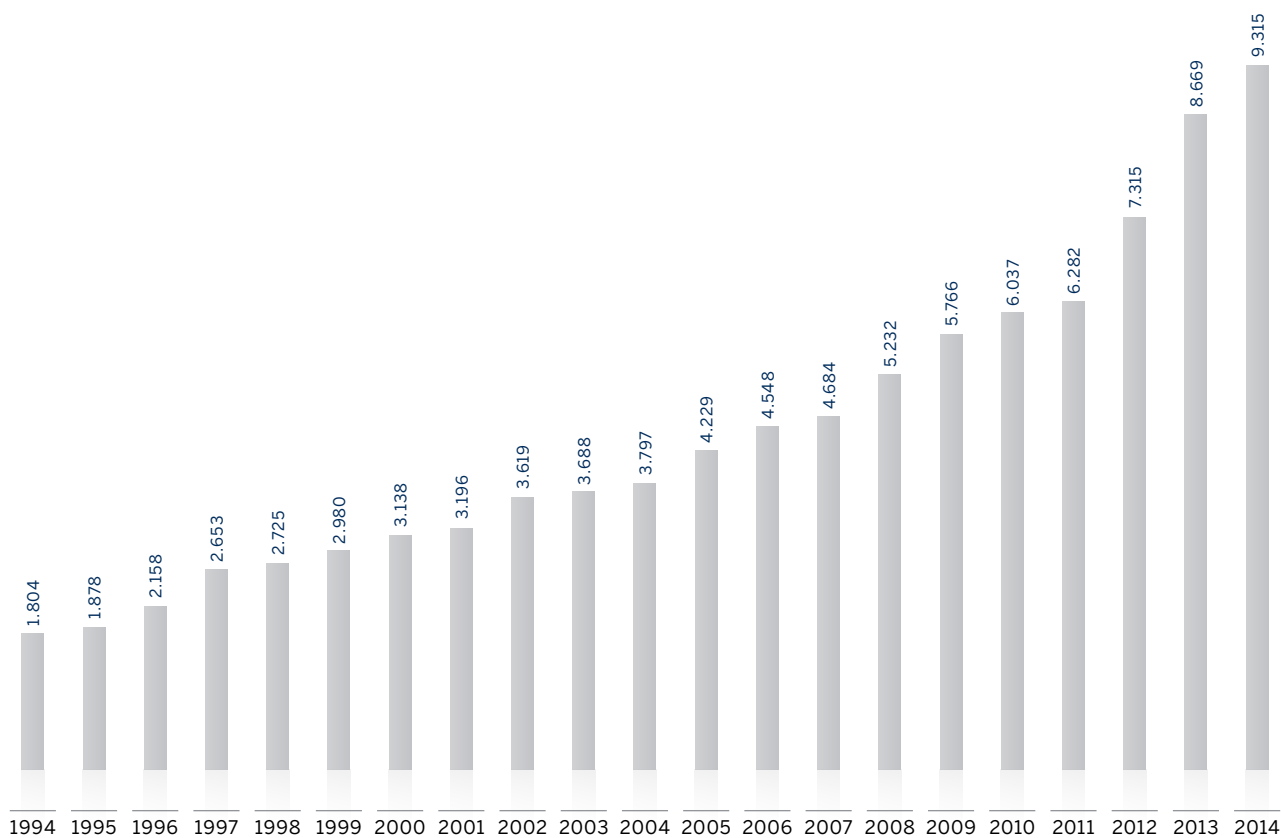
Köln, 24. März 2015

Für den Aufsichtsrat
Dr. Matthias Berger
Vorsitzender



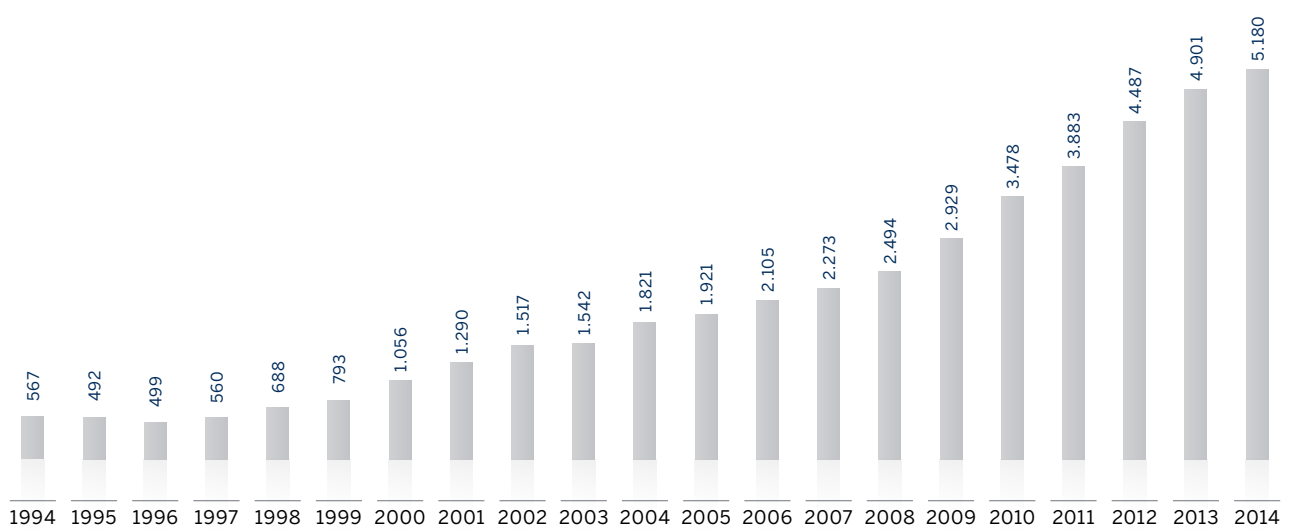
Bilanzsumme

in Mio. EUR



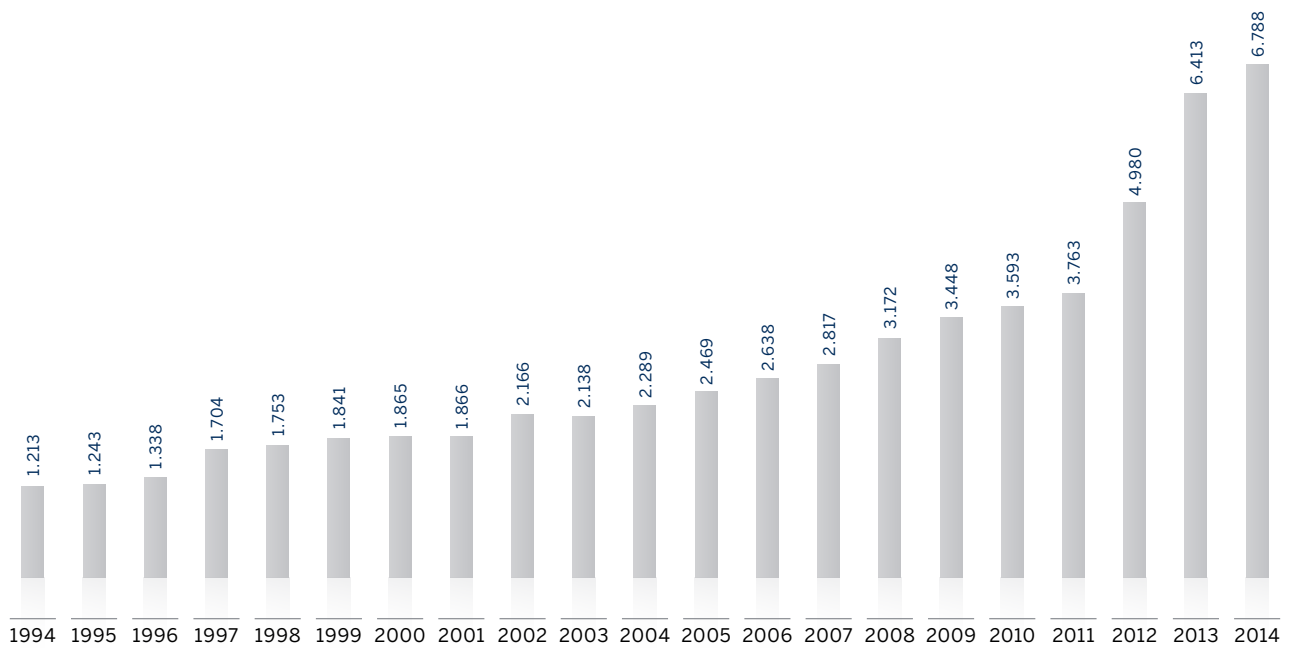
Kundenkredite

in Mio. EUR



Kundeneinlagen

in Mio. EUR



Jahresbilanz

zum 31. Dezember 2014

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln

Aktivseite	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		1.233.231,96		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		35.830.181,08		
darunter: bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
c) Guthaben bei Postgiroämtern		-,-	37.063.413,04	844
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnotenbanken zugelassen sind				
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen		-,-		-
b) Wechsel		-,-	-,-	-
3. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		2.450.944,79		
b) andere Forderungen		201.605.758,40	204.056.703,19	514.457
4. Forderungen an Kunden			5.179.734.192,74	4.901.222
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert	1.301.070.827,04			(1.319.112)
Kommunalkredite	108.164.021,39			(103.078)
5. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Geldmarktpapiere				
aa) von öffentlichen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
ab) von anderen Emittenten		-,-		-
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	-,-			
b) Anleihen und Schuldverschreibungen				
ba) von öffentlichen Emittenten		2.569.359.219,89		1.655.252
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	2.569.359.219,89			(1.655.252)
bb) von anderen Emittenten		1.041.335.821,56		1.310.811
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	1.041.335.821,57			(1.286.069)
c) eigene Schuldverschreibungen		-,-	3.610.695.041,45	-
Nennbetrag	-,-			-
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			43.717.773,76	43.120
6a. Handelsbestand			-,-	-
7. Beteiligungen			2.057.335,00	2.057
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	-,-			-
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			19.991.928,67	19.992
darunter: an Kreditinstituten	-,-			-
an Finanzdienstleistungsinstituten	9.500.000,00			(9.500)
9. Treuhandvermögen			174.133.424,69	175.115
darunter: Treuhandkredite	174.133.424,69			(175.115)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch			-,-	-
11. Immaterielle Anlagewerte				
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		-,-		-
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		10.834.282,17		13.296
c) Geschäfts- oder Firmenwert		-,-		-
d) geleistete Anzahlungen		739.307,39	11.573.589,56	787
12. Sachanlagen			21.877.663,33	22.317
13. Eingefordertes, noch nicht eingezahltes Kapital			-,-	-
14. Sonstige Vermögensgegenstände			8.162.001,92	7.840
15. Rechnungsabgrenzungsposten			1.781.816,76	2.535
16. Aktive latente Steuern			-,-	-
17. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			-,-	-
18. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag			-,-	-
Summe der Aktiva			9.314.844.884,11	8.669.644

Passivseite	Euro	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten					
a) täglich fällig			6.476.097,52		193.612
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			1.630.500.697,86	1.636.976.795,38	1.218.546
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden					
a) Spareinlagen					
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten	177.665.634,24				138.850
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten	101.782.367,58	279.448.001,82			48.694
b) andere Verbindlichkeiten					
ba) täglich fällig	5.034.030.223,54				5.120.941
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	1.474.454.511,79	6.508.484.735,33	6.787.932.737,15		1.104.082
3. Verbriefte Verbindlichkeiten					
a) begebene Schuldverschreibungen			-,-		-
b) andere verbrieft Verbindlichkeiten			-,-	-,-	-
darunter: Geldmarktpapiere	-,-				-
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	-,-				-
3a. Handelsbestand				-,-	-
4. Treuhandverbindlichkeiten				174.133.424,69	175.115
darunter: Treuhandkredite	174.133.424,69				(175.115)
5. Sonstige Verbindlichkeiten				5.388.316,25	2.660
6. Rechnungsabgrenzungsposten				7.844.564,09	9.354
6a. Passive latente Steuern				-,-	-
7. Rückstellungen					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen			9.192.037,42		8.804
b) Steuerrückstellungen			476.444,36		4.191
c) andere Rückstellungen			9.517.021,94	19.185.503,72	10.517
8.				-,-	-
9. Nachrangige Verbindlichkeiten				159.464.530,48	159.590
10. Genussrechtskapital				22.700.000,00	22.700
darunter: vor Ablauf von zwei Jahren fällig	22.700.000,00				
11. Fonds für allgemeine Bankrisiken				40.900.000,00	40.900
12. Eigenkapital					
a) Eingefordertes Kapital					
Gezeichnetes Kapital	36.400.000,00				36.400
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen	-,-				
abzüglich eigene Aktien Nominalwerte	-86.164,00	36.313.836,00			
b) Kapitalrücklage		43.424.296,45			43.316
c) Gewinnrücklagen					
ca) gesetzliche Rücklage		-,-			-
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		-,-			
cc) satzungsmäßige Rücklagen		-,-			-
cd) andere Gewinnrücklagen	320.850.000,00				
abzüglich eigene Aktien Anteil Gewinnrücklagen	-951.118,00	319.898.882,00			269.550
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust		60.681.997,90	460.319.012,35		61.822
Summe der Passiva				9.314.844.884,11	8.669.644
Eventualverbindlichkeiten					
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln			-,-		-
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen			107.887.316,23		108.285
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten			-,-	107.887.316,23	
Andere Verpflichtungen					
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften			-,-		-
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen			-,-		-
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen			558.140.000,00	558.140.000,00	580.366

Gewinn- und Verlustrechnung

der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014

	Euro	Euro	Euro	Vorjahr TEUR
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	193.485.724,04			192.094
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	18.399.798,56	211.885.522,60		21.209
2. Zinsaufwendungen		69.689.848,39		78.359
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	845.007,60			1.379
b) Beteiligungen	115.589,08			7
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen	485.348,46	1.445.945,14		485
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen		6.104.173,56		5.489
5. Provisionserträge		7.877.310,25		7.878
6. Provisionsaufwendungen		3.987.097,79		4.017
7. Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestandes		-3.750,00		-
8. Sonstige betriebliche Erträge		1.912.277,94		2.079
9. (weggefallen)				
10. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand	27.390.778,48			26.383
aa) Löhne und Gehälter				
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	6.810.327,80	34.201.106,28		5.480
darunter: für Altersversorgung Euro 2.820.908,67				(1.989)
b) andere Verwaltungsaufwendungen	26.182.757,17	60.383.863,45		21.844
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen		6.077.227,10		5.643
12. Sonstige betriebliche Aufwendungen		5.181.101,10		1.457
13. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		-,-		-
14. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		4.708.592,07		3.592
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		0,00		179
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		0,00		-
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme		-,-		-
18. (weggefallen)				

19. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	88.610.933,73	90.852
20. Außerordentliche Erträge	-,-	-
21. Außerordentliche Aufwendungen	-,-	-
22. Außerordentliches Ergebnis	-,-	-
23. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	27.983.690,63	28.997
24. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 12 ausgewiesen	-24.369,90	75
24a. Aufwendungen aus der Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken § 340g HGB	-	-
25. Erträge aus Verlustübernahme	-,-	-
26. Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrags abgeführte Gewinne	-,-	-
27. Jahresüberschuss / Jahresfehlbetrag	60.651.613,00	61.781
28. Gewinnvortrag / Verlustvortrag aus dem Vorjahr	51.330.384,90	44.541
	111.981.997,90	106.322
29. Entnahmen aus der Kapitalrücklage	-,-	-
	111.981.997,90	106.322
30. Entnahmen aus Gewinnrücklagen		
a) aus der gesetzlichen Rücklage	-,-	
b) aus der Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-	
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen	-,-	
d) aus anderen Gewinnrücklagen	-,-	-
	111.981.997,90	106.322
31. Entnahmen aus Genussrechtskapital	-,-	-
	111.981.997,90	106.322
32. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage	-,-	
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	-,-	0
c) in satzungsmäßige Rücklagen	-,-	
d) in andere Gewinnrücklagen	51.300.000,00	44.500
	60.681.997,90	61.822
33. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals	-,-	-
34. Bilanzgewinn / Bilanzverlust	60.681.997,90	61.822

Anhang 2014

Bank für Sozialwirtschaft AG, Berlin und Köln

A. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2014 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes vom 25. Mai 2009 (BilMoG) unter Berücksichtigung der einschlägigen Vorschriften des Aktiengesetzes und des Kreditwesengesetzes sowie der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss enthält sämtliche Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten, Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungsposten.

Bei der Bewertung der im Jahresabschluss ausgewiesenen Vermögensgegenstände und Schulden haben wir die allgemeinen Bewertungsgrundsätze des § 252 Abs. 1 HGB sowie die für Kreditinstitute geltenden Bewertungsvorschriften des § 340e HGB beachtet. Von den nach § 340f HGB gegebenen Verrechnungsmöglichkeiten für bestimmte Aufwendungen und Erträge wurde Gebrauch gemacht.

Sämtliche Forderungen an Kunden und Kreditinstitute sind grundsätzlich mit dem Nennwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen Auszahlungsbetrag und Nennbetrag ist als Rechnungsabgrenzungsposten ausgewiesen. Angekaufte Forderungen werden mit den Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Allen erkennbaren Einzelrisiken sowie dem allgemeinen Risiko im Kreditgeschäft ist durch angemessene Wertabschläge Rechnung getragen worden.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens, bestehend aus der Liquiditätsreserve, haben wir nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, Zuschreibungen nach dem Wertaufholungsgebot wurden vorgenommen. Die Anschaffungskosten bei Wertpapieren der gleichen Gattung haben wir nach der Durchschnittsmethode ermittelt.

Als Beteiligungen bilanzieren wir Anteile an anderen Unternehmen ab einer Beteiligungsquote von 20 % (§ 271 Abs. 1 HGB). Beteiligungsquoten unter 20 % werden in die Bilanzpositionen Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Sonstige Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden zu Anschaffungskosten und, soweit abnutzbar, unter Berücksichtigung planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Für die geringwertigen Wirtschaftsgüter wurde ein Sammelposten gebildet, der im Geschäftsjahr der Bildung und in den folgenden vier Jahren zu jeweils einem Fünftel abgeschrieben wird.

Abzugrenzende Zinsen sind mit Ausnahme der Genussrechte in den jeweiligen Bilanzposten einbezogen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag zuzüglich aufgelaufener Zinsen ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag wird in die Rechnungsabgrenzung eingestellt.

Der Belastung aus Einlagen mit steigender Verzinsung wurde durch Bildung von Zinsrückstellungen ausreichend Rechnung getragen.

Die Rückstellungen wurden auf der Grundlage des § 253 HGB ermittelt. Anzusetzen ist hierbei der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendige Erfüllungsbetrag gemäß § 253 Abs. 1 HGB. Alle Rückstellungen mit einer Laufzeit von mehr als einem Jahr wurden mit dem von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst (§ 253 Abs. 2 HGB).

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach dem Teilwertverfahren in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB. Als biometrische Rechnungsgrundlagen wurden die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Im Berichtsjahr wird ein von der Deutschen Bundesbank vorgegebener durchschnittlicher Marktzinssatz von 4,58 % bei der Bewertung zugrunde gelegt (im Vorjahr 4,91 %). Gehalts- und Rentenanpassungen sind mit 2,0 % p. a. eingerechnet.

Die sonstigen Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen.

Eventualverbindlichkeiten werden zum Nennbetrag abzüglich eventueller Vorsorge bilanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden weder Forderungen noch Verbindlichkeiten in Fremdwährung.

Außerbilanzielle Finanzinstrumente, die als Sicherungsgeschäft für einzelne bilanzwirksame Geschäfte eingesetzt und mit der erforderlichen Dokumentation versehen sind, behandeln wir grundsätzlich hinsichtlich der Bewertung nach den Regeln des gesicherten Geschäfts. Dabei wurden Micro-Hedges kompensatorisch bewertet: Nicht realisierte Verluste eines Geschäftes wurden mit angefallenen nicht realisierten Gewinnen des anderen Geschäftes verrechnet. Verlustrückstellungen sind nur in Höhe eines danach verbleibenden Nettoverlustes vorgenommen worden („Einfrierungsmethode“).

C. Entwicklung des Anlagevermögens 2014

a) Sachanlagen / Immaterielle Anlagewerte

in Euro	Immaterielle WG	Betriebs- und Geschäftsausstattung	Grundstücke und Gebäude	gesamt
Anschaffungskosten	34.013.297	18.718.370	44.449.410	97.181.077
Zugänge	1.306.912	2.082.324	-	3.389.236
Zuschreibungen	-	-	-	-
Umbuchungen	-	-	-	-
Abgänge	110.650	1.201.858	-	1.312.508
Abschreibungen kumuliert	23.635.969	13.076.973	29.093.610	65.806.552
Buchwert am Bilanzstichtag	11.573.590	6.521.863	15.355.800	33.451.253
Abschreibungen Geschäftsjahr	3.705.349	1.490.213	881.665	6.077.227

Geringwertige Wirtschaftsgüter sind in Zugängen des Berichtsjahres mit 276.189 EUR enthalten.

b) Finanzanlagen

in Euro	Wertpapiere des Anlagevermögens	Beteiligungen	Anteile an verbun- denen Unternehmen	gesamt
Anschaffungskosten 31.12.2013	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088
Zugänge	-	-	-	-
Abgänge	-	-	-	-
Anschaffungskosten 31.12.2014	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088
Buchwert am Bilanzstichtag	659.824	2.057.335	19.991.929	22.709.088

Anschaffungskosten 31.12.2014	- Summe a und b -	121.966.892
Buchwert am Bilanzstichtag	- Summe a und b -	56.160.341

D. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Forderungen** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
andere Forderungen an Kreditinstitute (A 3b)	200.034.072	75.340	357.746	1.138.601
Forderungen an Kunden (A 4)	110.943.333	317.993.750	1.186.250.933	3.060.069.772

In den Forderungen an Kunden (A 4) sind 504.476.404 EUR Forderungen mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind im Folgejahr fällig:

in Euro	
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von öffentlichen Emittenten	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von anderen Emittenten	50.308.965

- In den Forderungen sind folgende Beträge enthalten, die auch **Forderungen an verbundene Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen		Forderungen gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen an Kunden (A 4)	8.251.094	8.429.353	6.943.940	10.072.963

Im Treuhandgeschäft bestanden wie im Vorjahr keine Ausleihungen aus Bundesmitteln an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

- In folgenden Posten sind enthalten:

in Euro	börsenfähig	börsennotiert	nicht börsennotiert	nicht m. d. Niederstwert bewertete börsenfäh. Wertpapiere
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere (A 5)	3.610.695.041	3.610.695.041	-	-
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere (A 6)	43.057.950	22.961.327	20.096.623	-
Beteiligungen (A 7)	-	-	-	-
Anteile an verbundenen Unternehmen (A 8)	-	-	-	-

- Weitere Angaben zu den **Wertpapieren**

Von den in der Bilanz ausgewiesenen **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren** sind wie im Vorjahr keine Wertpapiere mit Nachrangabrede enthalten, ebenso in der Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**.

- In der Bilanzposition **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind Anteile an Investmentfonds von mehr als 10 % enthalten. Es handelt sich um zwei Mischfonds mit dem Anlageschwerpunkt Euroländer, die im Wesentlichen direkt oder indirekt in festverzinsliche Wertpapiere und Aktien investieren. Der Buchwert beträgt ebenso wie der Marktwert 37.687.064 EUR. Für das Geschäftsjahr erfolgten Ausschüttungen in Höhe von 737.676 EUR (einschl. anrechenbarer Ertragsteuern). Die Anteile können börsentäglich zurückgegeben werden. Die Bewertung erfolgt nach dem strengen Niederstwertprinzip.
- Besitz von **Kapitalanteilen** in Höhe von mindestens 20 % an anderen Unternehmen:

Name und Sitz	Anteil am Gesellschaftskapital		Eigenkapital der Gesellschaft		Ergebnis des letzten vorliegenden Jahresabschlusses
	%	Jahr	TEUR	Jahr	TEUR
Direkt					
• BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH, Köln	100,0	2014	9.500	2014	-
• IS Immobilienfonds 6 GbR	88,2	2014	13.755	2013	345
• BFS Mezzanine Fonds II GmbH & Co. KG	40,7	2014	4.900	2013	381
Indirekt					
• IS Immobilien-Service GmbH, Köln	100,0	2014	676	2014	-
• AGO Betriebsges. f. Sozialeinrichtungen GmbH, Köln	33,3	2014	27	2013	1.391
• IM Immobilien & Management Drei GmbH, Köln	100,0	2014	25	2013	-2
• IM Immobilien & Management Fünf GmbH, Köln	100,0	2014	25	2013	24
• BFS Abrechnungs GmbH, Hildesheim	49,0	2014	974	2013	1.236

Der Gewinn 2014 der BFS Betriebs- und Finanzwirtschaftlicher Service GmbH in Höhe von 5.184.290 EUR und der Gewinn 2014 der IS Immobilien-Service GmbH in Höhe von 919.884 EUR wurden im Rahmen der bestehenden Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge an die Bank abgeführt und sind in der Gewinn- und Verlustrechnung enthalten.

Alle Gesellschaften gelten als verbundene Unternehmen. Auf die Aufstellung eines Konzern-Abschlusses wird gemäß § 296 Abs. 2 HGB aufgrund untergeordneter Bedeutung der Tochtergesellschaften verzichtet.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Treuhandkredite und -verbindlichkeiten** gliedern sich wie folgt:

in Euro	
Forderungen an Kunden	174.133.425
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	165.368
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	173.968.057

In der Position werden Kredite aus Treuhandmitteln des Bundes in Höhe von 173.968.057 EUR ausgewiesen. Die Kredite aus sonstigen Programmen betragen 165.368 EUR.

- Im Aktivposten **Sachanlagen** sind enthalten:

in Euro	
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Bauten	15.355.800
Betriebs- und Geschäftsausstattung	6.521.863

- Im Posten **Sonstige Vermögensgegenstände** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
Forderungen gegenüber verbundenen Unternehmen	6.115.489
Steuererstattungsansprüche	1.112.233

- In den **Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** sind Disagiobeträge aus aufgenommenen Verbindlichkeiten einschließlich der von uns ausgegebenen Schuldverschreibungen in Höhe von 1.210.267 EUR (Vorjahr: 1.610.546 EUR) enthalten.
- Der nicht angesetzte Überhang latenter Steuern ergibt sich aus Buchwertunterschieden zwischen der Handels- und Steuerbilanz. Die Unterschiedsbeträge basieren auf steuerlich abweichenden Risikovorsorgen, Bewertungs- und Abzinsungssätzen. Passive latente Steuern bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

- Die in der Bilanz ausgewiesenen **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

in Euro	bis 3 Monate	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist (P 1b)	499.504.588	61.361.893	326.534.599	689.477.411
Spareinlagen gegenüber Kunden mit vereinbarter Kündigungsfrist (P 2a ab)	-	97.487.451	4.294.916	-
andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden mit vereinbarter Laufzeit od. Kündigungsfrist (P 2b bb)	568.291.071	853.193.235	37.580.677	15.314.528

In den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (P 1b) sind 53.622.208 EUR und in den Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2b bb) sind 75.000 EUR Verbindlichkeiten mit unbestimmter Laufzeit enthalten.

- Für die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden Vermögensgegenstände im Wert von 4.750.238.357 EUR als Sicherheit hinterlegt. Zum Bilanzstichtag bestand eine Inanspruchnahme der zu sichernden Darlehen in Höhe von 1.304.274.291 EUR.
- Im Posten **Sonstige Verbindlichkeiten** sind folgende wesentliche Einzelbeträge enthalten:

in Euro	
noch nicht beglichene Rechnungen	1.058.131
Lohnsteuern und Sozialversicherungsbeiträge	567.931
Steuerverbindlichkeiten	2.316.082
Zinsanteile für Genussrechte	1.109.410

- In den **Passiven Rechnungsabgrenzungsposten** (P 6) sind Disagioträge aus Forderungen, die bei der Ausreichung in Abzug gebracht wurden, im Gesamtbetrag von 7.838.522 EUR (Vorjahr: 9.348.035 EUR) enthalten.
- Bei der Berechnung der **Pensionsrückstellungen** erfolgte die Abzinsung mit dem von der Deutschen Bundesbank gemäß der Rückstellungsabzinsungsverordnung (RückAbzinsVO) veröffentlichten durchschnittlichen Zinssatz der letzten sieben Jahre bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren gemäß § 253 Abs. 2 HGB. Für die Bewertung zum 31.12.2014 wurde der Marktzinssatz mit Stand November 2014 herangezogen. Es wurden nachstehende Parameter verwendet:

Pensionsalter	63 und 65 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Rentendynamik	2,0 %
Zinssatz	4,58 % zum 31.12.2014 (Stand November 2014) 4,91 % zum 31.12.2013 (Stand Oktober 2013)

Die Rückstellungen für **Altersteilzeit** wurden nach den Verlautbarungen des IDW RS HFA 3 in Verbindung mit § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB ermittelt. Als Rechnungsgrundlagen dienten die „Richttafeln 2005 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck. Folgende Parameter wurden verwendet:

durchschnittliche Restlaufzeit	2,89 Jahre
Gehaltstrend	2,0 %
Zinssatz	3,11 % zum 31.12.2014 (Stand November 2014) 3,68 % zum 31.12.2013 (Stand Oktober 2013)

- Verpflichtungen aus Pensionszusagen sind teilweise durch Vermögensgegenstände gesichert, die bei der Nürnberger Lebensversicherung AG angelegt sind. Die angelegten Vermögensgegenstände dienen ausschließlich der Erfüllung der Pensionsverpflichtungen und sind dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen. Sie wurden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB im Geschäftsjahr mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Es handelt sich um Kapitallebensversicherungen, deren Aktivwerte in Höhe von 4.334.054 EUR Verpflichtungen in Höhe von 8.723.226 EUR gegenüberstehen. Aufwendungen von 1.266.861 EUR wurden mit Erträgen von 220.625 EUR verrechnet.

- Angaben zu **Nachrangigen Verbindlichkeiten** (P 9):

Mittelaufnahmen, die 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigen, erfolgten zu folgenden Bedingungen:

Nominalbetrag	Währung	Zinssatz	Fälligkeit
18.300.000	EUR	5,10 %	19.7.2021

Die Bedingungen der nachrangigen Darlehen entsprechen den Anforderungen des § 10 Abs. 5a KWG. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung ist ausgeschlossen. Im Falle des Konkurses oder der Liquidation der Bank sind die nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückzuzahlen.

Im Geschäftsjahr fielen Zinsaufwendungen in Höhe von 7.158.287 EUR an.

- Das **Genussrechtskapital** der Bank setzt sich wie folgt zusammen:

Emission	Nennbetrag	Währung
2005	22.700.000	EUR

- In den nachstehenden Verbindlichkeiten sind folgende Beträge enthalten, die auch **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen oder Beteiligungsunternehmen** sind:

in Euro	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsunternehmen	
	Geschäftsjahr	Vorjahr	Geschäftsjahr	Vorjahr
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (P 2)	3.686.291	3.986.375	32.616.399	22.855.662

- In Bezug auf die Gesamttätigkeit der Bank sind von wesentlicher Bedeutung:

Bilanzposition in Euro	
Vermerkposten 1 unter dem Bilanzstrich: Eventualverbindlichkeiten Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	107.887.316
Vermerkposten 2 unter dem Bilanzstrich: Andere Verpflichtungen Unwiderrufliche Kreditzusagen	558.140.000

Akute Risiken einer Inanspruchnahme aus den unter dem Bilanzstrich ausgewiesenen Haftungsverhältnissen sind durch Rückstellungen gedeckt. Die ausgewiesenen Verpflichtungen betreffen breit gestreute Bürgschafts- und Gewährleistungsverträge bzw. offene Kreditzusagen gegenüber Kunden. Die Risiken wurden im Zuge einer Einzelbewertung der Bonität dieser Kunden beurteilt. Die ausgewiesenen Beträge zeigen nicht die künftig aus diesen Verträgen zu erwartenden tatsächlichen Zahlungsströme, da die überwiegende Anzahl der Eventualverbindlichkeiten nach unserer Einschätzung ohne Inanspruchnahme auslaufen wird. Bei den sonstigen Verpflichtungen gehen wir dagegen von einer grundsätzlichen Inanspruchnahme aus.

II. Gewinn- und Verlustrechnung

- Sämtliche Erträge wurden im Inland erwirtschaftet.
- Aus Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung, die für die Gesamttätigkeit von wesentlicher Bedeutung sind wurden folgende Erträge erzielt:

in Euro	
Verwaltungs-/Treuhandkredite	1.381.029
Wertpapiergeschäft	2.375.214

- Wichtige Einzelbeträge, die für die Beurteilung des Jahresabschlusses bzw. die Ertragslage nicht unwesentlich sind, sind enthalten in den Posten:

in Euro		
sonstige betriebliche Erträge (G+V 8)	Miet- und Pächterträge	1.276.417
sonstige betriebliche Aufwendungen (G+V 12)	Zinsaufwand für Pensions-, Altersteilzeit- und Jubiläumsrückstellungen	730.980

- Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen ausschließlich auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit.

E. Sonstige Angaben

- Zum Bilanzstichtag bestanden folgende zinsbezogene Termingeschäfte:

Volumen im Derivatgeschäft per 31.12.2014 in Mio. EUR	Nominalbetrag			Summe	beizulegender Zeitwert negativ (-)
	Restlaufzeit <= 1 Jahr	Restlaufzeit 1–5 Jahre	Restlaufzeit > 5 Jahre		
OTC-Produkte Zins-Swaps (gleiche Währung)	-	210	100	310	-45,0
OTC-Produkte Forward-Darlehen	57	13	-	70	12,4

Die Zinsswaps und Forward-Darlehen wurden anhand der aktuellen Zinsstrukturkurve zum Bilanzstichtag nach der Barwertmethode bewertet. Hierbei werden die Zahlungsströme (Cashflows) mit dem risiko- und laufzeitadäquaten Marktzins diskontiert. Dem negativen beizulegenden Zeitwert aus Zinsswaps stehen stille Reserven der abgesicherten Geschäfte gegenüber.

- Das von dem Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr berechnete Gesamthonorar beläuft sich auf:

in Euro	
für die Abschlussprüfungsleistungen	143.990
für andere Bestätigungsleistungen	32.825
für Steuerberatungsleistungen	-

- Die Bank ist der Sicherungseinrichtung (Garantieverbund) des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken e. V. angeschlossen. Dadurch sind die Einlagen der Kunden in vollem Umfang geschützt. Damit ist die Möglichkeit einer Garantieverbundverpflichtung verbunden, die auf das Zehnfache der mit dem Grunderhebungssatz (0,4 %) berechneten Garantiefondsbeiträge begrenzt ist. Die daraus resultierende Verpflichtung würde per 31.12.2013 maximal 16.752.396 EUR betragen.
Das für die Banken des Verbandes bestehende Garantievolumen ist zum 31.12.2014 nicht durch Ausfallbürgschaften oder Garantien belegt.
- Wesentliche Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen, die nicht zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen sind, waren nicht zu verzeichnen.
- Für frühere Mitglieder der Geschäftsführung und deren Hinterbliebene bestehen zum 31.12.2014 Pensionsrückstellungen in Höhe des nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwertes von 11.520.114 EUR. Ihre Gesamtbezüge beliefen sich auf 426.276 EUR.
Für frühere Mitglieder des Aufsichtsrates bzw. Beirates bestehen solche Verpflichtungen nicht.
- Für die Mitglieder des Aufsichtsrates betrug die Jahresvergütung 269.528 EUR, für die des Beirates 6.235 EUR.
Auf die Angabe der Gesamtbezüge des Vorstandes wurde gemäß § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.
- Am Bilanzstichtag betrugen die gewährten Kredite an Organmitglieder:

in Euro	
Mitglieder des Vorstandes	455.455
Mitglieder des Aufsichtsrates	-

- Die Zahl der 2014 **durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer** betrug:

	Vollzeitbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter		
• Prokuristen	7	-
• Handlungsbevollmächtigte	5	-
• Angestellte	286	46
	297	46
Gewerbliche Mitarbeiter	2	9
	299	55

Außerdem wurden durchschnittlich 8 Auszubildende beschäftigt.

- Das Grundkapital ist eingeteilt in 700.000 vinkulierte Namensaktien, welches ausschließlich aus Stammaktien besteht. Mit Beschluss der Hauptversammlung am 25.07.2001 wurde das Grundkapital in Stückaktien umgewandelt. Daraus leitet sich ein errechneter Nennbetrag von 52 EUR je Aktie ab.
- Beteiligungen von mehr als 25 % am Grundkapital:

in Prozent	
Caritas-Stiftung Deutschland – Stiftung des Deutschen Caritasverbandes	25,5
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V. und Stiftung Kronenkreuz	25,5

- Zum 31.12.2014 befinden sich 1.657 eigene Aktien im Bestand. Die Bewertung erfolgte mit dem Bewertungskurs von 626 EUR je Aktie, insgesamt 1.037.282 EUR. Davon entfallen 86.164 EUR (= 0,24 % des Grundkapitals) auf das gezeichnete Kapital und 951.118 EUR auf die Gewinnrücklagen. Diese Beträge wurden in der Bilanz von den entsprechenden Posten abgesetzt.
- Im Geschäftsjahr 2014 wurden 565 Aktien (= 0,08 % bzw. 29 TEUR des Grundkapitals) zu 937 EUR je Stück, 596 Aktien (= 0,09 % bzw. 31 TEUR des Grundkapitals) zu 1.138 EUR je Stück und 1.647 (= 0,24 % bzw. 86 TEUR des Grundkapitals) zu 626 EUR je Stück angekauft, 1.151 Aktien (= 0,16 % bzw. 60 TEUR des Grundkapitals) wurden zu 1.138 EUR je Stück verkauft. Der Kursgewinn i. H. v. 113.565 EUR wurde nach Abzug eines Bewertungsverlustes i. H. v. 5.120 EUR den Kapitalrücklagen zugeführt. Laut Beschluss der Hauptversammlung vom 18.06.2010 ist der Vorstand ermächtigt, eigene Aktien zum Zwecke des Wertpapierhandels zu erwerben. Diese Ermächtigung gilt bis zum 17.06.2015.
- Im Bilanzgewinn von 60.681.998 EUR ist ein Gewinnvortrag von 30.385 EUR enthalten.
- Entwicklung der **Rücklagen**:

in Euro	Kapitalrücklage	andere Gewinnrücklagen
Stand per 01.01.2014	43.315.851	269.550.000
Zugang 2014 aus dem Bilanzgewinn 2013	-	51.300.000
Gewinn 2014 aus eigenen Aktien	108.445	
eigene Aktien im Bestand		-951.118
Stand per 31.12.2014	43.424.296	319.898.882

Name und Anschrift der Prüfungsgesellschaft

BDO AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Hanauer Landstraße 115
60314 Frankfurt/Main

Mitglieder des Vorstandes

Prof. Dr. Harald Schmitz, Vorsitzender Bankkaufmann (seit 01.07.2014)
Thomas Kahleis Bankkaufmann (seit 01.07.2014)
Oliver Luckner Bankkaufmann (seit 01.07.2014)
Prof. Dr. Dr. Rudolf Hammerschmidt, Vorsitzender Bankkaufmann (bis 30.06.2014)
Dietmar Krüger Bankkaufmann (bis 30.06.2014)

Mitglieder des Aufsichtsrates

Dr. Matthias Berger, Vorsitzender Wirtschaftsprüfer und Steuerberater,
Vorsitzender der Finanzkommission des Deutschen Caritasverbandes e. V.
Martina Arends, Stellv. Vorsitzende Vorstand, AWO – Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.
Wolfgang Altenbernd Geschäftsführer, AWO – Arbeiterwohlfahrt, Bezirksverband Westliches Westfalen e. V.
Christian Graf von Bassewitz Bankier i. R.
Dr. Robert Batkiewicz Stiftungsdirektor, Caritas-Stiftung Deutschland e. V.
Dr. Norbert Emmerich Bundesschatzmeister, Deutsches Rotes Kreuz e. V. Präsidium
Dr. Jörg Kruttschnitt Vorstand, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband,
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Ulrich Lilie (seit 03.06.2014) Präsident, Diakonie Deutschland – Evangelischer Bundesverband,
Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Hans Jörg Millies Finanz- und Personalvorstand, Deutscher Caritasverband e. V.
Dr. Ulrich Schneider Hauptgeschäftsführer, DER PARITÄTISCHE Gesamtverband e. V.
Johannes Stockmeier (bis 03.06.2014) Präsident, Diakonie Deutschland –
Evangelischer Bundesverband, Evangelisches Werk für Diakonie und Entwicklung e. V.
Prof. Dr. Friedrich Vogelbusch Wirtschaftsprüfer und Steuerberater
Michael Warman Stellv. Vorsitzender, Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e. V.

Berlin und Köln, 6. März 2015

Bank für Sozialwirtschaft AG
Prof. Dr. Harald Schmitz Thomas Kahleis Oliver Luckner

Bestätigungsvermerk

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft, Berlin und Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 6. März 2015

BDO AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Otte

Wirtschaftsprüfer

gez. Schmidt

Wirtschaftsprüfer

Geschäftsstellen und Repräsentanzen

Zentrale

50668 Köln

Wörthstraße 15-17
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-478
E-Mail bfs@sozialbank.de

Geschäftsstellen

10178 Berlin

Oranienburger Straße 13/14
Telefon 030 8402-0
Telefax 030 28402-341
E-Mail bfsberlin@sozialbank.de

01097 Dresden

Theresienstraße 29
Telefon 0351 89939-0
Telefax 0351 89939-585
E-Mail bfsdresden@sozialbank.de

99084 Erfurt

Anger 66-73
Telefon 0361 55517-0
Telefax 0361 55517-579
E-Mail bfserfurt@sozialbank.de

45128 Essen

Huyssenallee 15
Telefon 0201 24580-0
Telefax 0201 24580-644
E-Mail bfsessen@sozialbank.de

22297 Hamburg

Alsterdorfer Markt 6
Telefon 040 253326-6
Telefax 040 253326-870
E-Mail bfshamburg@sozialbank.de

30177 Hannover

Podbielskistraße 166
Telefon 0511 34023-0
Telefax 0511 34023-523
E-Mail bfshannover@sozialbank.de

76131 Karlsruhe

Ludwig-Erhard-Allee 6
Telefon 0721 98134-0
Telefax 0721 98134-688
E-Mail bfskarlsruhe@sozialbank.de

50678 Köln

Im Zollhafen 5 (Halle 11)
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-177
E-Mail bfskoeln@sozialbank.de

04109 Leipzig

Neumarkt 9
Telefon 0341 98286-0
Telefax 0341 98286-543
E-Mail bfsleipzig@sozialbank.de

39106 Magdeburg

Joseph-von-Fraunhofer-Straße 2
Am Wissenschaftshafen
Telefon 0391 59416-0
Telefax 0391 59416-539
E-Mail bfsmagdeburg@sozialbank.de

55116 Mainz

Fort-Malakoff-Park
Rheinstraße 4 G
Telefon 06131 20490-0
Telefax 06131 20490-669
E-Mail bfsmainz@sozialbank.de

80335 München

Karlsplatz 10 (Stachus)
Telefon 089 982933-0
Telefax 089 982933-629
E-Mail bfsmuenchen@sozialbank.de

Repräsentanzen

34117 Kassel

Obere Königsstraße 30
Telefon 0561 510916-0
Telefax 0561 510916-859
E-Mail bfskassel@sozialbank.de

90402 Nürnberg

Königstraße 2
Telefon 0911 433300-0
Telefax 0911 433300-619
E-Mail bfsnuernberg@sozialbank.de

18055 Rostock

Mühlendamm 8b
Telefon 0381 1283739-0
Telefax 0381 1283739-869
E-Mail bfsrostock@sozialbank.de

70174 Stuttgart

Theodor-Heuss-Straße 10
Telefon 0711 62902-0
Telefax 0711 62902-699
E-Mail bfsstuttgart@sozialbank.de

Europa-Büro der BFS

BELGIEN

1040 Brüssel

Rue de Pascale 4-6
Telefon 0032 22303922
Telefax 0032 22802778
E-Mail bfsbruessel@sozialbank.de

BFS Service GmbH

50678 Köln
Im Zollhafen 5 (Halle 11)
Telefon 0221 97356-160
Telefax 0221 97356-164
E-Mail bfs-service@sozialbank.de

IS Immobilien-Service GmbH

50668 Köln
Wörthstraße 15-17
Telefon 0221 97356-491
Telefax 0221 97356-249
E-Mail is@sozialbank.de

BFS Abrechnungs GmbH

31137 Hildesheim
Lavesstraße 8-12
Telefon 05121 935623-0
Telefax 05121 935623-99
E-Mail info@bfs-abrechnung.de

Impressum

Herausgeber/Redaktion

Bank für Sozialwirtschaft Aktiengesellschaft
Wörthstraße 15-17
50668 Köln
Telefon 0221 97356-0
Telefax 0221 97356-219
E-Mail bfs@sozialbank.de
www.sozialbank.de

Vorstand

Prof. Dr. Harald Schmitz (Vorsitzender)
Thomas Kahleis
Oliver Luckner

Aufsichtsratsvorsitzender

Dr. Matthias Berger

Handelsregister

Köln HRB 29259
Berlin HRB 64059
Umsatzsteuer-ID: DE 136634199

Satz

Visual Department
Konkordiastraße 61
40219 Düsseldorf

Druck

Druckhaus Ley + Wiegandt GmbH + Co
Möddinghofe 26
42279 Wuppertal



Bank
für Sozialwirtschaft